

# Sitzungsunterlagen für die Referatekonferenz am 23. - 25. März 2018 – nicht öffentlicher und öffentlicher Teil - vorläufig

## Tagesordnung

<b>1 Anwesenheitsliste.....</b>	<b>2</b>		
<b>2 Beschluss der Tagesordnung.....</b>	<b>3</b>		
2.1 Änderungsantrag zur Tagesordnung			
2.2 Abstimmung über die Tagesordnung			
<b>3 Berichte.....</b>	<b>4</b>		
3.1 Bericht des Vorsitz zur Mitgliederversammlung des FZS			
<b>4 Infos jedweder Art.....</b>	<b>4</b>		
<b>5 Termine, Treffen.....</b>	<b>5</b>		
5.1 Refkonf-Termine Sommersemester 2018			
5.2 Bildungsprotest			
<b>6 Nicht öffentlich.....</b>	<b>5</b>		
<b>7 Finanzen.....</b>	<b>5</b>		
7.1 Ergonomische Sitz/Steh-Arbeitsplätze (vertagt am 28.11.17) (angenommen)			
7.1.1 GO Antrag – Änderungsantrag.....	<b>6</b>		
7.2 Neue StuRa-Aufkleber (?) (verschoben)			
<b>8 Finanzverfahren.....</b>	<b>7</b>		
8.1 Zentrale Verwaltung der Web-Seiten der VS (bereits erledigt)			
8.2 Versteuern der Aufwandsentschädigungen von VS-Aktiven (Beratungszeit verlängert im Dezember 2016)			
<b>9 Inhaltliche Positionierung.....</b>	<b>12</b>		
9.1 Grundsatzpositionierung zur Öffentlichkeitsarbeit			
9.2 „Verlagerung“ aus dem StuRabüro (Beratungszeit verlängert Anfang Dezember 2017)			
			9.3 Hochschulpolitisch ist Bayern ein Entwicklungsland (?)
			9.4 Antisemitismus an der Hochschule
			9.5 Wohnraum
			9.6 Schwanger als Studentin*
			9.7 Rassismus an deutschen Hochschulen
			9.7.1 "Rassismus ist wie Krebs. Er frisst uns von innen auf.".....
			41
			9.8 Universität als Arbeitsplatz
			9.9 Digitalisierung an Hochschulen
			9.10 Schwangerschaftsabbrüche thematisieren und enttabuisieren
			9.11 Umweltschutz an der Hochschule
			<b>10 Delegationen.....</b>
			<b>57</b>
			10.1 Jubiläumsveranstaltung und Mitgliederversammlung des BdWi (Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Wiederaufnahme in Refkonf)
			10.2 LAK in Karlsruhe (Wiederaufnahme in Refkonf)
			<b>11 Anhang/Tischvorlagen.....</b>
			<b>58</b>
			11.1 Gemeldete Delegationen
			<b>12 Feste TOPs im nichtöffentlichen Teil.....</b>
			<b>58</b>
			12.1 Austausch über persönliche Probleme
			12.2 Fest zu beachten im nichtöffentlichen Teil

**Beginn des öffentlichen Teils:           23.03.18 16:28 Uhr – 18:00 Uhr**  
**24.03.18 12:34 Uhr – 00:00 Uhr**

**Ende der Sitzung:** 25.03.18 00:00 Uhr – 00:00 Uhr  
**Beginn des nichtöffentlichen Teils:** 25.03.18 XX:00 Uhr  
**Ende des nichtöffentlichen Teils:** XX:00 Uhr  
**Pause:** von XX:00 Uhr bis XX:00 Uhr

## 1 Anwesenheitsliste

Sitzungsmoderation: David Kelly  
Protokollant\*in: Julia Patzelt

abwesende rauslöschen bzw. unter entschuldigt einsortieren

Stimmberechtigte Mitglieder der Referatekonferenz:

**Sitzungsleitung der Refkonf:**

Vorsitz: David Kelly, Julia Patzelt

**Referate**

EDV-Referat: Harald Nikolaus

Finanzreferat: Markus Baldermann, Cristina Henriques Martins

Hochschulpolitische Vernetzung (Außen): (unbesetzt)

Internationale Studierende: Ashwyn Perera, Obada Alhalabi

Konstitution der VS & Gremienkoordination: (unbesetzt)

Kulturreferat: Carolin Froeschle

Lehre und Lernen: (unbesetzt)

Öffentlichkeitsarbeit: Jonas Jürgensen, Ansgar Stenzel

Ökologie und Nachhaltigkeit: Lena Schreiner, Max Klamke

Politische Bildung: Patrik Dahl, Sirac Baz, Jonas Gottschalk (kommissarisch)

QSM-Referat: Philipp Strehlow

Räumereferat: (unbesetzt)

Rechtsfragen (Justizreferat): (unbesetzt)

Soziales: Mahmud Abu-Odeh, Claudia Guarneri

Studierendenwerk: Silvia Seidlitz

Verkehr: Erik Tuchtfeld, Jan-Niklas Wittemann

**Gesamt stimmberechtigt: XX von 12**

entschuldigt:

Beratende Mitglieder der Referatekonferenz

Autonomes Referat gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung von Frauen (Frauen\* und Non-Binary-Referat):

Laura Geilke, Judith Treiber, Sarah Pherenike Hladik, Michèle Gisela Fein

Autonomes Gesundheits-Referat (Referat für Student\*innen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung):

Valentina Schmidt, Vinojan Vijeyaranjan

Autonomes Referat für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung aufgrund kultureller Zuschreibungen:

Mithily Masilamany

Autonomes Referat für Betroffene von sexualitätsbezogener Diskriminierung [Queerreferat]:

Emily Brett

Sitzungsleitung des StuRa:

Phoebe Tsorpatzidis, Valentin von Stosch, Maik Schauerte, David Schwarzenbacher, Tobias Willms

VS-Mitglied im Senat:

Kristin Carlow

**Gesamt beratend:**

**Gesamt stimmberechtigt bei GO:**

Gäste:

## 2 Beschluss der Tagesordnung

### 2.1 Änderungsantrag zur Tagesordnung

Abstimmung über Änderungsantrag zur Tagesordnung		
JA	NEIN	ENTHALTUNG
<b>Ergebnis: angenommen/abgelehnt</b>		

Abstimmung über Änderungsantrag zur Tagesordnung		
JA	NEIN	ENTHALTUNG
<b>Ergebnis: angenommen/abgelehnt</b>		

## 2.2 Abstimmung über die Tagesordnung

Abstimmung über Tagesordnung		
JA	NEIN	ENTHALTUNG
3	0	0
Ergebnis: angenommen		

## 3 Berichte

### 3.1 Bericht des Vorsitz zur Mitgliederversammlung des FZS

- Harte Quotierung der inhaltlichen Ausschüsse & Finanzausschuss (mind. 50% Frauen\*)
- intersektioneller Feminismus
- Schwangerschaft im Studium & Beratungsangebot / § 218, 219 StGB

-----> fzs Bericht zur MV einfügen

Berichte sollen vor der Sitzung schriftlich vorliegen. Sie werden im Pad gesammelt und erst relativ spät in die Unterlagen aufgenommen, damit sie noch weiter überarbeitet werden können.  
Wenn die Diskussion oder der Austausch zu einzelnen Berichten gewünscht wird, beantragt bitte einen TOP. D.h. man kann in den Bericht den Verweis auf den TOP einbauen oder man beantragt einen TOP und fügt den Bericht dort ein. Hilfreich ist auch, wenn gleich Fragen formuliert würden oder Diskussionsimpulse

## 4 Infos jedweder Art

Diese Informationen sind so wichtig, dass sie nicht im TOP „Sonstiges“ untergehen sollten – und zum Teil auch für die Leser\*innen des Protokolls interessanter sind als für die Leute in der Sitzung. Wer mit den Infos nichts anfangen kann, muss sich nicht grämen – die Infos sind nicht für alle relevant oder wichtig. Man kann gerne - kurze – Nachfragen stellen.  
Falls die Sache aber sehr wichtig und brisant ist, dann bitte einen eigenen TOP dazu beantragen, denn zu Info-TOPs wird eigentlich nicht diskutiert.

## 5 Termine, Treffen

### 5.1 Refkonf-Termine Sommersemester 2018

wir müssen neue Termine ausmachen. Vorschlag: Dienstags 17h, wenn StuRa nicht tagt  
wir können aber auch von vorneherein weitere Termine mal an einem Wochenende oder einem Freitag festlegen, die sich dann alle schon in den Kalender eintragen können

Terminabstimmung am 17.04.18

### 5.2 Bildungsprotest

Bildungsprotest, organisiert von "Lernfabriken...meutern!" am 13. Juni 2018

## 6 Nicht öffentlich

Kurz Zusammenfassung der für die Öffentlichkeit relevanten Inhalte oder allgemeine Formulierung  
„es ging um interne Abläufe/Personalia/Gerüchte aus der Hochschule“ etc.

## 7 Finanzen

### 7.1 Ergonomische Sitz/Steh-Arbeitsplätze (vertagt am 28.11.17) (angenommen)

Antragsteller\*in: Wolf Weidner

Antragstext: Zur Erprobung sollen zunächst 2 Sitzsteh Arbeitsplätze angeschafft werden.

Maximale Summe: 2000 Euro

Antragsbegründung: Intensive Computerarbeit an Tischen mit der falschen Höhe, verursacht bleibende Schäden. Wir haben sowohl sehr große als auch sehr kleine Aktive und Mitarbeiter\*innen.

Ohne höhenverstellbare Arbeitsplätze können unsere Aktiven und Mitarbeitenden nicht an einem passenden Arbeitsplatz arbeiten. Zusätzlich ist die Möglichkeit eines Steharbeitsplatz nach aktueller Ergonomieforschung (s.u.) sinnvoll, da er eine Veränderung der Arbeitshaltung ermöglicht, die

dauerhafte Fehlhaltungen vermeidet.

Hinweise zur Ergonomieschulung:

<https://www.baua.de/DE/Angebote/Publicationen/Praxis/A52.pdf? blob=publicationFile>

>>> Diskussion <<<

Beschluss weiteres Vorgehen am 28.11.: genauere Erkundigungen in der Sache einholen

- Antrag Vertagen bis Arbeitssicherheitsabteilung zu Besuch war – evtl. haben die noch Tipps
- Klären, ob derartige Möbel im Rahmenvertrag bei oka enthalten sind und ggf. raus suchen
- Tenko erkundigt sich, wie es in der Japanologie geregelt wurde, dort gibt es einen derartigen Arbeitsplatz

Zwischenstand 10.12.17: Planung Begehung Arbeitssicherheit läuft  
(wollen wir das noch weiterhin raussuchen?)

>>>Diskussion vom 23.03.18<<<

- Antrag wird generell befürwortet, ob direkt mit zwei Plätzen gestartet werden soll, wird teils bezweifelt
- ein Termin mit Möbelfirma bzgl. Fächer ist schon in Arbeit, Arbeitsplätze können bei Bedarf mit aufgenommen werden
- Rahmenvertragsangebot, wie die Japo es in Anspruch genommen hat, ist so nicht mehr verfügbar
- → Angebote einholen, Rahmenvertrag checken
- Verfahrensvorschlag: Einen als Pilot-Exemplar bestellen

### 7.1.1 GO Antrag – Änderungsantrag

Antragstext: Zur Erprobung soll zunächst ein Sitzsteh-Arbeitsplatz angeschafft werden.

Maximale Summe: nach Rahmenvertrag

Abstimmung über (Änderungsantrag zu) TOP 7.1 Ergonomische Sitz/Steh-Arbeitsplätze		
JA	NEIN	ENTHALTUNG
5	0	0
Ergebnis: angenommen		

Abstimmung über TOP TOP 7.1 Ergonomische Sitz/Steh-Arbeitsplätze		NR.
JA	NEIN	ENTHALTUNG
5	0	0
Ergebnis: angenommen Ggf.: Umsetzung: Vorsitz?	Betrag: nach Rahmen- vertrag	Posten im Haushaltsplan:

## 7.2 Neue StuRa-Aufkleber (?)

die, die wir haben, sind bald alle - Sollen wir neue machen? Dann könnten ja bis zur nächsten Sitzung mal Design und Kosten vorbereiten und zur Abstimmung gebracht werden.

wenn alle das blöd finden, sparen wir uns die Arbeit

### Diskussion

- Stefan würde sich drum kümmern → Layout
- Harald möchte Bestellung übernehmen: 1000 Stck. / ca. 35 € incl. MwSt. bzw. 2000 / 55 € → Recherche Harald
- DIN Formate sind günstiger als individuelle Größen
- Änderungsvorschlag zum Text: StudierendenRat **der** Uni Heidelberg (aktuell: StudierendenRat für die Uni Heidelberg)
- weiterer Recherche-Auftrag: Ökobilanz für Druck etc. überprüfen
- Verfahrensvorschlag: Harald recherchiert nötige Infos zu Druckkosten etc. während des Arbeitswochenendes, der TOP wird verschoben und wieder aufgenommen, sobald es Infos gibt

GO-Antrag: Verschieben von TOP 7.2 Neue StuRa-Aufkleber (?) auf 24.03.18 5-0-0

Abstimmung über Verschieben von TOP 7.2 Neue StuRa-Aufkleber (?) auf 24./25.03.18		
JA	NEIN	ENTHALTUNG
5	0	0
<b>Ergebnis: angenommen</b>		

Abstimmung zu TOP		
ABSTIMMUNGS-TEXT (kurz)		
JA	NEIN	ENTHALTUNG
<b>Ergebnis: angenommen/abgelehnt</b>	<b>Keine Dokumentation nötig Eintrag in Internem Leitfaden / Finanzleitfaden Erledigt / muss noch gemacht werden</b>	

## 8 Finanzverfahren

### 8.1 Zentrale Verwaltung der Web-Seiten der VS (bereits erledigt)

Es sollte ein Vorschlag zur zentralen Verwaltung der Seiten entworfen werden.

Diskussion:

- Anfrage von VS an die Fachschaften über Erteilung einer Zugriffsmöglichkeit auf FS-Seiten für evtl. Notfälle ist schon in Arbeit
- Antrag wurde noch vor dem Serverumzug aufgenommen: Tool – eine Oberfläche, von der aus Überblick über alle Sites möglich ist → bereits **erledigt**

<b>Abstimmung zu TOP</b>		
ABSTIMMUNGS-TEXT (kurz)		
JA	NEIN	ENTHALTUNG
<b>Ergebnis: angenommen/abgelehnt</b>	<b>Keine Dokumentation nötig</b> <b>Eintrag in Internem Leitfaden / Finanzleitfaden</b> <b>Erledigt / muss noch gemacht werden</b>	

## 8.2 Versteuern der Aufwandsentschädigungen von VS-Aktiven (Beratungszeit verlängert im Dezember 2016)

Es gibt ein Schreiben vom Ministerium vom 12. Juli (2017?) , nach dem die VS die Versteuerung vornehmen muss ab 2018. Wir müssen das umsetzen und sollten es bei der Haushaltsplanung berücksichtigen und z.B. evtl. Haushaltsposten für Aufwandsentschädigungen erhöhen. Wir müssen darüber nochmal intensiver reden, hier sind aber schon mal die Infos.

Die Texte finden sich im Protokoll vom 3.11.17 und sollten berücksichtigt werden.

Oberfinanzdirektion Karlsruhe
Aktenzeichen. 3-S233 7/39
Steuerliche Behandlung der an die Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses gezahlten Aufwandsentschädigungen
Erlass des Finanzministeriums vom 10. März 2000 - 3 - S 233.7 / 39 -
Durch das Gesetz zur Einführung der Verfassten Studierendenschaft (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG) vom 10. Juli 2012 (GBI I S. 457) wurde die Verfasste Studierendenschaft wieder eingeführt. Der Verfassten Studierendenschaft (Studierendenschaft) wurde als Glied Körperschaft der Hochschule der Status einer rechtsfähigen Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen (Artikel 1 des VerfStudG und § 65 Abs. 1 Satz 2 Landeshochschulgesetz - LHG). Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Studierendenschaft berechtigt Beiträge zu erheben (§ 65a Abs. 5 Satz 2 LHG). Die Studierendenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen selbst. Der Allgemeine Studierendenausschuss als exekutives Organ der Studierendenschaft erledigt deren laufenden Geschäfte und ist an die Beschlüsse des Studierendenparlaments gebunden. Die Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus, können aber eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten.
Da die Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses nach dem Gesamtbild der Verhältnisse im Rahmen eines Dienstverhältnisses im Sinne des § 1 Abs. 2 Lohnsteuer-Durchführungsverordnung abhängig beschäftigt sind und als Arbeitnehmer tätig werden (BFH-Urteil vom 22. Juli 2008, BStBl II S. 981), stellen die gezahlten Aufwandsentschädigungen grundsätzlich steuerpflichtigen Arbeitslohn dar. Die steuerlichen Arbeitgeberpflichten



(insbesondere Einbehaltung und Abführung der Lohnsteuer) sind von der jeweiligen Studierendenschaft der Hochschule wahrzunehmen. Im Hinblick auf die hierfür notwendigen organisatorischen Umstellungsarbeiten bestehen allerdings keine Bedenken, wenn der Lohnsteuerabzug erstmals für Arbeitslohnzahlungen ab dem Kalenderjahr 2018 vorgenommen wird. Werden die Aufwandsentschädigungen nicht für Verdienstausschlag oder Zeitverlust gewährt und sind sie dazu bestimmt, Aufwendungen abzugelten, die zumindest teilweise dem Grunde nach als Werbungskosten abziehbar sind, kommt eine Anwendung des § 3 Nr. 12 Satz 2 Einkommensteuergesetz nach Maßgabe der Vereinfachungsregelung der R 3.12 Abs. 3 Satz 3 Lohnsteuer-Richtlinie in Betracht. Danach sind die Aufwandsentschädigungen monatlich bis zu 200 Euro steuerfrei. Ein den Höchstbetrag ggf. übersteigender Betrag ist dem Lohnsteuerabzug zu unterwerfen.

Der Bezugserlass wird hiermit aufgehoben.

Der Erlass ist zur Aufnahme in die Lohnsteuer-Kartei bestimmt.  
gez. Dr. Veas

Rechnungshof ans MWK

Aktenzeichen: I – 1400 Q 07200-1501

wir haben uns in den letzten Monaten mehrfach über die rechtliche Behandlung der Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Organe der verfassten Studierendenschaften an den Hochschulen des Landes Baden-Württemberg verständigt. Erfreulicherweise hat das Finanzministerium Baden-Württemberg mit Erlass vom 30.3.2017 die steuerrechtliche Seite des Problems verbindlich geregelt, sodass Sie und wir insoweit auf einer gesicherten Grundlage agieren können. Hinsichtlich der arbeitsrechtlichen und der sozialversicherungsrechtlichen Beurteilung haben sich in den letzten Monaten keine neuen Erkenntnisse ergeben. Gleichwohl haben wir unseren Textentwurf aus dem Monat September überarbeitet und ergänzt.

Der Rechnungshof wird bei seinen laufenden und künftigen Prüfungen mithin von folgender Rechtslage ausgehen:

1. Die Mitglieder der Organe der verfassten Studierendenschaft werden nach Maßgabe der jeweiligen Satzung von den Studierenden oder den Organen der Studierendenschaft gewählt. Sie nehmen ihre Aufgaben als Mitglieder der Organe der Studierendenschaft nach § 65a Absatz 7 des Landeshochschulgesetzes ehrenamtlich wahr. Es handelt sich bei dem Rechtsverhältnis zwischen der öffentlich-rechtlichen Körperschaft „Studierendenschaft“ und dem Organmitglied um ein rein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis, das nicht den Regeln des Arbeitsrechts unterliegt. Vielmehr ist das Rechtsverhältnis im Landeshochschulgesetz und der Satzung der Studierendenschaft abschließend geregelt. Ein Arbeitsverhältnis im zivilrechtlichen Sinne liegt nicht vor.

2. Nach § 65a Abs. 7 Satz 2 des Landeshochschulgesetzes kann das legislative Organ der Studierendenschaft für die Mitglieder in den Organen der Studierendenschaft eine angemessene Aufwandsentschädigung festsetzen. Über die angemessene Höhe der Aufwandsentschädigung entscheidet das legislative Organ in eigener Verantwortung und auf der Basis einer Bewertung des mit der Wahrnehmung des Amtes verbundenen zeitlichen und wirtschaftlichen Aufwands. Das Wissenschaftsministerium hat den Studierendenschaften den BAFöG-Höchstsatz als „Referenzrahmen“ bei der Festsetzung der Aufwandsentschädigungen empfohlen. Der Rechnungshof wird Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Exekutivorgane der Studierendenschaften nicht beanstanden, wenn sie den Betrag von 450 Euro im Monat nicht übersteigen. Höhere Aufwandsentschädigungen sind möglich, müssen aber durch besondere Umstände gerechtfertigt sein. Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass die steuerrechtliche Frage der Angemessenheit einer Aufwandsentschädigung für die Beurteilung der Angemessenheit der Aufwandsentschädigung nach § 65a Abs. 7 Satz 2 LHG ohne Bedeutung ist.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist es ebenfalls möglich, allerdings nicht geboten, auch den Mitgliedern oder leitenden Mitgliedern der legislativen Organe eine Aufwandsentschädigung zu gewähren. Auch hier hat das Legislative ein begrenzt überprüfbares Ermessen. Der Rechnungshof wird die Höhe dieser Aufwandsentschädigungen nicht beanstanden, wenn sie den Betrag von 100 Euro monatlich nicht übersteigen. Höhere Beträge bedürfen einer

Rechtfertigung z.B. wegen der großen Zahl von Sitzungen oder der besonderen Funktion innerhalb des Legislativorgans (Vorsitzender etc.). Eine Aufwandsentschädigung, die sich nach der Anzahl und Dauer der Sitzungen bestimmt, ist ebenfalls möglich (Sitzungsgeld).

3. Für eine Ergänzung dieses öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnisses als Organmitglied durch ein weiteres zivilrechtliches Arbeitsverhältnis lässt das Gesetz keinen Raum. Es besteht dafür auch kein Bedarf. Theoretisch wäre es denkbar, dem Organmitglied weitere Aufgaben als privatrechtliche entgeltliche Beschäftigung zu übertragen. Diese Konstruktion würde jedoch zu zahlreichen rechtlichen Folgeproblemen (insbesondere die Abgrenzung der beiden Tätigkeitsfelder, unklare Weisungsrechte und Beendigung im Falle der Abwahl) führen, so dass der Rechnungshof dringend davon abrät, solche gemischt öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Rechtsverhältnisse zu begründen.

4. Da die Mitglieder der legislativen und der exekutiven Organe der Studierendenschaft keine Beschäftigten im Sinne des § 7 Abs. 1 SGB IV sind, unterliegen sie nicht der Sozialversicherungspflicht. Die Studierendenschaft ist daher nicht verpflichtet, Sozialversicherungsbeiträge für die Mitglieder der Organe abzuführen.

5. Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom 22.7.2008 (VI R 51/05) und dem hierzu ergangenen Erlass des Finanzministeriums Baden- Württemberg vom 30.03.2017 handelt es sich bei den Mitgliedern der Organe der Studierendenschaft, soweit sie exekutive Tätigkeiten wahrnehmen, jedoch um Arbeitnehmer im Sinne des Einkommensteuerrechts.

Die an sie gezahlten Aufwandsentschädigungen sind als steuerpflichtiges Einkommen aus nichtselbständiger Tätigkeit zu behandeln, soweit sie nicht nach § 3 Nr. 12 EStG als steuerfrei zu behandeln sind. Nach den einschlägigen Richtlinien werden die Finanzämter regelmäßig 200 Euro pro Monat als steuerfreie Aufwandsentschädigung behandeln, da es sich dabei nicht um Ersatz für Verdienstausfall handelt. Die Qualifikation der Tätigkeit der Mitglieder der Organe der Studierendenschaft als öffentlich-rechtliche Tätigkeit wirkt sich angesichts der eindeutigen Rechtsprechung des BFH auf die steuerrechtliche Qualifikation der Aufwandsentschädigung als Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit nicht aus.

Die Konsequenz ist, dass jener Teil der Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Exekutivorgane, der den Betrag von 200 Euro monatlich übersteigt, dem Lohnsteuerabzug unterliegt. Das bedeutet, dass die Studierendenschaft verpflichtet ist, vom steuerpflichtigen Teil der Aufwandsentschädigung einen Lohnsteuerabzug vorzunehmen und an das Finanzamt abzuführen. Unterbleibt diese Abführung, so haftet die Studierendenschaft für die entgangene Steuer. Das Finanzministerium hat in seinem Erlass vom 30.03.2017 bestimmt, dass der Lohnsteuerabzug spätestens ab 01.01.2018 vorgenommen werden muss. Soweit die Aufwandsentschädigungen bis zum 31.12.2017 ohne Lohnsteuerabzug ausgezahlt werden, obliegt die ordnungsgemäße steuerliche Behandlung dem Empfänger der Zahlungen, der diese im Rahmen seiner jährlichen Einkommensteuererklärung gegenüber dem Finanzamt offenzulegen hat.

Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der legislativen Organe unterliegen demnach nicht dem Lohnsteuerabzug und können abschlagsfrei an die Mitglieder ausbezahlt werden. Für die korrekte steuerliche Behandlung ist in diesem Fall allein der Empfänger der Aufwandsentschädigung verantwortlich, der diese bei der jährlichen Einkommensteuererklärung gegenüber dem Finanzamt offenzulegen hat.

6. Derjenige Teil der Aufwandsentschädigung, der nicht dem Lohnsteuerabzug unterliegt, ist als Zahlung einer Behörde im Sinne des §§ 1 ff. der Mitteilungsverordnung dem Finanzamt am Sitz der Studierendenschaft mitzuteilen. Dass die Studierendenschaft eine Behörde im Sinne dieser Verordnung ist, ergibt sich aus der Legaldefinition in § 6 der Abgabenordnung.

7. Die Ausführungen unter Ziff. 1 bis 6 dieses Schreibens gelten nicht für Personen, die nicht Mitglied eines Organs der Studierendenschaft sind, denen jedoch im Einzelfall oder auf Dauer Aufgaben der Studierendenschaft entgeltlich zur Erledigung übertragen werden (z.B. Sekretariatsaufgaben, Rechtsberatung, Bewachung bei Veranstaltungen). Je nach Ausgestaltung des privatrechtlichen Vertrages handelt es sich bei diesen Personen entweder um gewöhnliche Arbeitnehmer i.S. des Arbeits-, Sozialversicherungs- und Steuerrechts oder um selbständig Tätige, für die die Regeln über Dienst- bzw. Werkverträge Anwendung finden. Handelt es sich um Arbeitnehmer, so trifft die Verantwortung für die

korrekte steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung das zuständige Exekutivorgan der Studierendenschaft.

Wir haben keine Einwendungen dagegen, dass Sie diese rechtlichen Hinweise an die zuständigen Organe der Studierendenschaften und ggf. die Hochschulverwaltungen weiterleiten. Sollten Sie hinsichtlich einzelner Punkte anderer Auffassung als der Rechnungshof sein, würden wir allerdings bitten, diese evtl. Divergenzen vor Versand eines Rundschreibens zu bereinigen.

Der Studierendenschaft der Universität Heidelberg, auf deren Anfrage unsere Diskussion ursprünglich zurückgeht, werden wir nach den Pfingstferien antworten.

Freundliche Grüße  
Andreas Knapp  
Direktor beim Rechnungshof

## Diskussion

Beschluss zur AE betrifft die ausgezahlte Höhe an entspr. Mitglieder → VS übernimmt bereits die Abführung der Lohnsteuer

Relevant ist hier nur die Einkommenssteuer.

Lohnsteuer/Einkommenssteuer (?) ab jährlichem Freibetrag von 5000 € .

Möglichkeit: Auflistung der Ämter, Kalkulation, ab wann vorauss. Versteuerungspflicht eintreten wird. Problem: sehr hoher Arbeitsaufwand zum Jahresabschluss

Vorschlag: rückwirkend Beträge am Jahresende berechnen. Zahlungsempfänger geben selbstständig Informationen weiter.

Vorschlag: Verfahrensvorschlag für StuRa entwickeln , → Thema in den StuRa

Wichtig: wie hoch sind die Steuererstattungen?

2 Möglichkeiten: Übernahme durch VS / nicht Übernahme → Argumentationsvorschlag Pro

Verfahrensvorschlag: in Refkonf. Formulierung für StuRa abstimmen → Ausarbeitungen betreffen FinanzRef, BfH und evtl. weitere Mitglieder mit finanzieller Thematik →

Abstimmung zum Verfahrensvorschlag (angenommen)

4-0-0

- Vorschlag für StuRa : Bei Finanzanträgen Stimmungsbild abfragen, wenn Diskussionen sich zu sehr in die Länge ziehen/ festfahren / im Kreis drehen:

- nach halber Stunde
- situativ entschieden

<b>Abstimmung zu TOP</b>		
ABSTIMMUNGS-TEXT (kurz)		
<b>JA</b>	<b>NEIN</b>	<b>ENTHALTUNG</b>
<b>Ergebnis: angenommen/abgelehnt</b>	<b>Keine Dokumentation nötig</b> <b>Eintrag in Internem Leitfaden / Finanzleitfaden</b>	

Diskussion abseits: GO Antrag auf spontane Aufnahme von Anträgen → neuer Diskussionstop

Freitag 23.03.18 18:00 – Ende des ersten Sitzungstages

Samstag 24.03.18 12:34 Uhr

Anwesende:

**Gesamt stimmberechtigt: XX von 12**

**Gesamt beratend:**

**Gesamt stimmberechtigt bei GO:**

12:41 Uhr Phil

15:12 Uhr Harald

15:34 Pheri

16:03 Krissy

Pause 16:05 Uhr – 17:30

## 9 Inhaltliche Positionierung

### 9.1 Grundsatzpositionierung zur Öffentlichkeitsarbeit

Soll vom Öffentlichkeitsreferat vorgelegt werden.

Theoretisch gibt es z.Z. keine Referent\*innen. Darüber sollten wir nochmal sprechen.

>>> Diskussion <<<

Wie können wir Mensch erreichen? Überlegungen:

Branding

- T-Shirts / Pullover → Vertrieb über Uni Shop ?
- Turnbeutel „Hipsterbeutel“
- Siebdruck Workshop im Rahmen der Hochschultage Nachhaltigkeit am 28.04.18
- laden.artgerechtes.de
  
- wen wollen wir erreichen? Studienanfänger / länger Studierende (werden mitunter abgehängt) →

Informationsvermittlung über Arbeit von VS und StuRa

- Arbeitserfolge / Ergebnisse der StuRa Arbeit streuen
- eigener Mailverteiler? → enorme Datenmenge
- Gespräch mit ZUV weiterverfolgen? Frequenz herunterschrauben auf z.B.1x / Semester
- Außenwahrnehmung gegenüber Studierenden und nicht-Studierenden
  - zusätzlich positive Impulse setzen zur öffentlichen Kritik

- Bsp. Gleichstellungsbeauftragte der Uni
- Bsp. „Vegane Mensa“ → positives Statement, Verbesserungen sind aber möglich
- Schwarzes Brett: monatliche Infos aus den Sitzungen, an öffentlich zugänglichen Studi Orten (z.B. Campus Bergheim, Neue Uni etc.)
- Flyeraktionen im Fahrradkorb
- Kooperation mit dem Ruprecht: vielleicht regelmäßige Sparte/eigenes Ressort über bzw. durch StuRa

### Social & Digital Media

- mit neuer Homepage zusammen evtl. neue Social Media Kanäle bespielen (Instagram usw.)
- Appell an die einzelnen Referate: regelmäßige Berichterstattung auch an Öffentlichkeit, nicht nur dem StuRa gegenüber z.B. über Facebook

### Nachwächter-Stadtführung

weiteres Verfahren: Zusammenfassend in RefKonf wieder aufnehmen

Abstimmung zu TOP		
ABSTIMMUNGS-TEXT (kurz)		
JA	NEIN	ENTHALTUNG
<b>Ergebnis: angenommen/abgelehnt</b>	<b>Keine Dokumentation nötig</b> <b>Eintrag in Internem Leitfaden / Finanzleitfaden</b> <b>Erledigt / muss noch gemacht werden</b>	

## 9.2 „Verlagerung“ aus dem StuRa Büro (Beratungszeit verlängert Anfang Dezember 2017)

Infos bisher:

- 2020 sollen wir raus aus der Albert-Ueberle-Str. 3-5, es ist unklar, ob wir dauerhaft oder nur vorübergehend raus müssen - also, ob wir dorthin zurückkommen oder in der neuen Unterkunft bleiben oder von dort weiter ziehen.
- Herr Matt will eine Bedarfsliste, was wir an Raum für die Verlagerung brauchen

>>> Diskussion <<<

- was soll mit unserem Gebäude/Räumlichkeiten passieren?  
→ Recherche zu Auszugs-Gründen
- Wunschliste z.B. 3 Büro Räume , Küche, Gemeinschaftsraum/Aufenthaltsraum, Konferenzraum, Bibliothek und Archive, Sitzungssaal für StuRa Sitzungen (in Büro-Nähe!!) Lagerräume, Sicherheits- bzw. Server-Raum, Werkstatt/Werkraum → Gedanke an Werkstätten der Lebenshilfe, Garten/ bearbeitbare Grünfläche
  - beachte: Anforderungen an jeweilige Räumlichkeiten
- Erinnerung: beim vorvorletzten Vorsitz gab es Gespräche mit Rektorat zum Neubau für den StuRa-Aufkleber

- Aufgabe der Uni der VS Räume zur Verfügung zu stellen
- wieviel Fläche haben wir aktuell?
- Wo sind unsere wichtigsten Punkte? Was sollen wir fordern, was brauchen wir eigentlich außerdem? Was ist für uns das Minimum
- Standort! Zentrale Lage notwendig

### 9.3 Hochschulpolitisch ist Bayern ein Entwicklungsland (?)

Antragssteller\*in Dave

Antragstext: Inhaltliche Positionierung zu Verfasste Studierendenschaft im allgemeinen und zu VS in Bayern im speziellen

Begründung

Das Land Bayern ist die letzte Bastion der politischen Stimmlosigkeit von Studierenden. In den letzten Jahren haben Studierendenschaften aus allen Ländern des Bundesgebiets soldarische finanzielle Unterstützung an die nicht Verfassten Studierendenschaften in Bayern geleistet.

Das soll nicht heißen, dass wir nicht gerne die Studierendenschaften Bayerns unterstützen, sondern soll darauf verweisen, dass die Studierenden im Land Bayern ein Recht auf freiheitliche Ausgestaltung ihres politischen Mandats haben sollen.

Langfristig müssen die Studierenden auf Bundesebene politischen Druck auf die Landesregierung machen. Da auch wir als VS noch relativ jung sind müssen sich gerade die VSen in Ba-Wü diesem Thema annehmen.

Wie kann es in Zukunft besser laufen? Wird es Zeit für eine Deutschlandweite Kampagne?

hier die bisherige Positionierung zur Thematik: 1. StuRa-Sitzung am 10.12.

[http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle\\_und\\_Beschluesse/1/Beschluesse/Antrag\\_VS\\_Bayern.pdf](http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Antrag_VS_Bayern.pdf)

Antrag des Referats für Hochschulpolitische Vernetzung (Außenreferat) und der Kritischen Initiative Heidelberg: Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in Bayern  
Unterstützungsantrag:

Der StuRa der Universität Heidelberg beschließt:

Politische und finanzielle Unterstützung der U-AStA-Strukturen und studentischer Initiativen in Bayern wird durch den StuRa der Universität Heidelberg gewährleistet.

Gleiches gilt für Kampagnen zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaften in Bayern.

Geschichtlicher Hintergrund:

1977 wurde in Baden-Württemberg die Verfasste Studierendenschaft abgeschafft. Vier Jahre zuvor,

1973, geschah dies ebenfalls in Bayern. In diesen CDU/CSU geführten Bundesländern wurde dies

mit der Begründung man wolle "den linken Sumpf austrocknen" gerechtfertigt. Dass die

Studierendenvertretungen nach dem zweiten Weltkrieg mit dem Ziel, wieder demokratische Strukturen in Deutschland aufzubauen, geschaffen wurden, ignorierten die damaligen Regierungen.

Dass diese Entscheidung von den beiden Ministerpräsidenten Alfons Goppel (Bayern), einem ehemaligen Mitglied der SA und der NSDAP, sowie Hans Filbinger (Baden-Württemberg), einem ehemaligen NS-Marinerichter, ausging überrascht dabei nicht.

Seit dieser Zeit haben Studierende permanent auf dieses undemokratische Missverhältnis hingewiesen. Dies drückte sich in den zahlreichen und jahrelangen Protesten und Forderungen zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft aus. Dies führte zuletzt durch die massiven Studierendenproteste von 2009/2010 (Bildungsstreik) dazu, dass die Grün-Rote Landesregierung dem Druck der Studierenden nachgeben musste und die Verfasste Studierendenschaft in Baden-Württemberg wieder einführte.

Nun gilt es, diese Re-Demokratisierungsforderungen auch in Bayern zu unterstützen, bis diese umgesetzt werden.

Die Studierenden- und Bildungsproteste waren in Baden-Württemberg ausschließlich durch die finanzielle Unterstützung und Solidarität der anderen verfassten ASten möglich. Ohne deren finanzielle Hilfe hätten die Bildungsproteste in Heidelberg nicht einmal Banner geschweige denn Plakate gehabt.

Ebenfalls waren die meisten Projekte in Heidelberg nur mit dieser Unterstützung möglich, wie zum Beispiel das CampusCamp, das festival contre le racisme, das Ladyfest, etc... Diese Hilfe muss nun auch den Studierendeninitiativen in Bayern zuteil werden.

Politische Forderung:

Als erste politische Forderung des StuRas Heidelberg soll die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaften auch in Bayern stehen. Studentische Selbstorganisation, das allgemeinpolitische Mandat und die Finanzautonomie der Studierendenschaft sind ein Muss an jeder Universität. Demokratie ist keine abstrakte Idee, sondern benötigt zu ihrer Realisierung kritische Individuen, die sich mit gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzen, sie analysieren und gegebenenfalls gegen Missstände vorgehen.

Der StuRa der Universität Heidelberg beschließt diese Forderung und tritt mit ihr an die Öffentlichkeit.

[http://www.fzs.de/themen/demokratie\\_grundrechte/468540.html](http://www.fzs.de/themen/demokratie_grundrechte/468540.html)

"Gefährdete Selbstverwaltung - Gegen Behördenwillkür und parlamentarische Delegitimation von Verfassten Student\*innenschaften

04.03.2018: Der fzs positioniert sich auf der 59. Mitgliederversammlung in Magdeburg gegen repressive Maßnahmen & Delegitimation von verfassten Student\*innenschaften. Der fzs spricht sich mit diesem Antrag gegen Delegitimation der stud. Selbstverwaltung und explizit gegen repressive Maßnahmen und Entwicklungen aus. Der Verband solidarisiert sich mit den betroffenen Student\*innen, anderen Betroffenen und Studierendenschaften.

Wir beobachten an mehreren Hochschulstandorten und in den dortigen Studierendenvertretungen zunehmend Eingriffe von staatlicher Seite. Entweder durch die Polizei, die Univerwaltungen oder den Verfassungsschutz. In Freiburg werden die Datenträger der Studierendenschaft beschlagnahmt, ohne einen Vorwurf. In Bayern werden den - nicht verfassten - Studierendenschaften keine politischen Projekte von den Unileitungen genehmigt. In Heidelberg wurden studentische und weitere Gruppen, Einzelpersonen sowie die Fachschaftskonferenz als unabhängige Studierendenvertretung vom Landeskriminalamt mittels verdeckter Ermittler und technischer Mittel überwacht. In Frankfurt wurde das Studihaus rechtswidrig durchsucht. In vielen anderen Städten sind autonome Zentren oder selbstverwaltete Wohnprojekte ständig in Gefahr. Beispielsweise wurde in Göttingen ein Wohnprojekte durchsucht - der Grund ist unklar. In Baden-Württemberg und Thüringen fragt die AfD die Studis über autonome Referate und marginalisierte Gruppen aus und will so gezielt Schutzräume aufbrechen. Zudem erfragt in Thüringen die AfD die studentischen Selbstverwaltungen, welche politischen Veranstaltungen in den letzten Jahren idell und finanziell unterstütz wurden. In Hessen wird gerade das Verfassungsschutzgesetz verschärft und Mitarbeiter\*innen von Demokratieprojekten verstärkt überprüft.

Gemeinsam haben all diese Ereignisse vor allem, dass durch die genannten staatlichen Eingriffe die Selbstverwaltung und demokratische Legitimation von Studierendenvertretungen nach und nach unterlaufen wird und Studierendenschaften und andere, politisch unliebsame Projekte mundtot gemacht werden. Offenbar, weil die politische Arbeit der Student\*innen nicht der eigenen Politik entspricht.

Gründe studentischen Protests werden nicht hinterfragt und es wird sich nicht auf Debatten zu Bildungs- und Sozialpolitik eingelassen. Diese könnten aber durchaus von der Sicht der Studierenden profitieren. Stattdessen wird überaus willkürlich immer mehr die Arbeit der Student\*innenschaften und auch vieler weiterer teils studentischer und politisch aktiver Gruppen torpediert.

Diese vermeintliche Scheu vor der direkten Konfrontation mit studentischen Gruppen ist überaus gefährlich. Mehr und mehr werden politische Aktivist\*innen in Rechten wie der Meinungs- und Pressefreiheit massiv eingeschränkt, und mehr und mehr wird ihre Arbeit behindert. Diese Entwicklung darf kein Ende des Engagements bedeuten, sondern muss Anlass geben, sich zu wehren."

Zur Einführung der Studierendenschaften in BaWü

[http://www.fzs.de/themen/demokratie\\_grundrechte/politisches\\_mandat/272624.html](http://www.fzs.de/themen/demokratie_grundrechte/politisches_mandat/272624.html)

"Noch vor nicht allzu langer Zeit zauberte die Ankündigung, in Baden Württemberg die VS wieder einführen zu wollen, lediglich ein müdes Lächeln auf die Gesichter der



studentischen Aktiven Baden-Württembergs - doch nun ist es, nach einigen Monaten harter Arbeit, tatsächlich soweit gekommen: Das Gesetz zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft wurde am 27. Juni vom Landtag verabschiedet. Trotz einiger Defizite aus studentischer Sicht ist der Gestaltungsraum einer realen Selbstverwaltung jetzt zum größten Teil wieder in studentischer Hand (Selbstverwaltung als Körperschaft öffentlichen Rechts) und die konkrete Organisationsform ist dabei weitgehend freigestellt. Diesen Gestaltungsspielraum gilt es nun zu nutzen."

Und siehe:

[http://www.fzs.de/themen/demokratie\\_grundrechte/politisches\\_mandat/271432.html](http://www.fzs.de/themen/demokratie_grundrechte/politisches_mandat/271432.html)

Der fzs fordert seit langem die gesetzliche Verankerung der Verfassten Studierendenschaft in allen Bundesländern - und zwar als rechtsfähige Teilkörperschaft mit voller Satzungs- und Finanzautonomie. Nur das sichert ihre Unabhängigkeit. Die Funktion als Solidargemeinschaft aller Student\*innen muss durch eine Pflichtmitgliedschaft gesichert werden; ein allgemeines politisches Mandat soll eine wirkliche demokratische Vertretung ermöglichen.

Zu Bayern:

Zustände wie im Kaiserreich: 40 Jahre ohne Demokratie an bayerischen Hochschulen

<http://www.fzs.de/suchen/314656.html?searchshow=selbstverwaltung>

"09.12.2013: Die Landes-ASTen-Konferenz (LAK) Bayern und der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) e.V. fordern die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft (VS) in Bayern mit Satzungs- und Finanzautonomie, Beitragshoheit und politischem Mandat. Die Abschaffung der VS jährt sich dieses Jahr zum vierzigsten Mal. Seitdem ist Bayern das einzige Land ohne studentische Selbstverwaltung."

"Die VS stellt eine unabhängige, selbständig organisierte Vertretung der Studierenden dar. Vor vierzig Jahren wurde sie in Bayern abgeschafft und damit die Strukturen der studentischen Selbstverwaltung an Hochschulen, die ihre Ursprünge in den zwanziger Jahren der Weimarer Republik haben. Seit der Wiedereinführung in Baden-Württemberg 2012 gibt es sie in allen deutschen Bundesländern - außer in Bayern."

"Mithilfe der VS vertreten die Studierenden ihre Interessen an der Hochschule selbst, geben sich eigene Satzungen und entscheiden in demokratischen Strukturen über ihre Angelegenheiten. Finanzhoheit und Satzungsautonomie garantieren dabei die Unabhängigkeit von anderen Strukturen und machen die Studierenden zu einer unabhängigen Körperschaft an der jeweiligen Hochschule."

Gefährdete Selbstverwaltung - Gegen Behördenwillkür und parlamentarische Delegation von Verfassten Student\*innenschaften

<http://www.fzs.de/suchen/468540.html?searchshow=selbstverwaltung>

## Gefährdete Selbstverwaltung - Gegen Behördenwillkür und parlamentarische Delegation von Verfassten Student\*innenschaften

04.03.2018: Der fzs positioniert sich auf der 59. Mitgliederversammlung in Magdeburg gegen repressive Maßnahmen & Delegation von verfassten Student\*innenschaften.

Der fzs spricht sich mit diesem Antrag gegen Delegation der stud. **Selbstverwaltung** und explizit gegen repressive Maßnahmen und Entwicklungen aus. Der Verband solidarisiert sich mit den betroffenen Student\*innen, anderen Betroffenen und Studierendenschaften.

Wir beobachten an mehreren Hochschulstandorten und in den dortigen Studierendenvertretungen zunehmend Eingriffe von staatlicher Seite. Entweder durch die Polizei, die Univerwaltungen oder den Verfassungsschutz. In Freiburg werden die Datenträger der Studierendenschaft beschlagnahmt, ohne einen Vorwurf. In Bayern werden den - nicht verfassten - Studierendenschaften keine politischen Projekte von den Unileitungen genehmigt. In Heidelberg wurden studentische und weitere Gruppen, Einzelpersonen sowie die Fachschaftskonferenz als unabhängige Studierendenvertretung vom Landeskriminalamt mittels verdeckter Ermittler und technischer Mittel überwacht. In Frankfurt wurde das Studihaus rechtswidrig durchsucht. In vielen anderen Städten sind autonome Zentren oder selbstverwaltete Wohnprojekte ständig in Gefahr. Beispielsweise wurde in Göttingen ein Wohnprojekte durchsucht - der Grund ist unklar. In Baden-Württemberg und Thüringen fragt die AfD die Studis über autonome Referate und marginalisierte Gruppen aus und will so gezielt Schutzräume aufbrechen. Zudem erfragt in Thüringen die AfD die studentischen **Selbstverwaltungen**, welche politischen Veranstaltungen in den letzten Jahren idell und finanziell unterstützt wurden. In Hessen wird gerade das Verfassungsschutzgesetz verschärft und Mitarbeiter\*innen von Demokratieprojekten verstärkt überprüft.

Gemeinsam haben all diese Ereignisse vor allem, dass durch die genannten staatlichen Eingriffe die **Selbstverwaltung** und demokratische Legitimation von Studierendenvertretungen nach und nach unterlaufen wird und Studierendenschaften und andere, politisch unliebsame Projekte mundtot gemacht werden. Offenbar, weil die politische Arbeit der Student\*innen nicht der eigenen Politik entspricht.

Gründe studentischen Protests werden nicht hinterfragt und es wird sich nicht auf Debatten zu Bildungs- und Sozialpolitik eingelassen. Diese könnten aber durchaus von der Sicht der Studierenden profitieren. Stattdessen wird überaus willkürlich immer mehr die Arbeit der Student\*innenschaften und auch vieler weiterer teils studentischer und politisch aktiver Gruppen torpediert.

Diese vermeintliche Scheu vor der direkten Konfrontation mit studentischen Gruppen ist überaus gefährlich. Mehr und mehr werden politische Aktivist\*innen in Rechten wie der Meinungs- und Pressefreiheit massiv eingeschränkt, und mehr und mehr wird ihre Arbeit behindert. Diese

Entwicklung darf kein Ende des Engagements bedeuten, sondern muss Anlass geben, sich zu wehren.

## Diskussion

Abstimmung zu TOP		
ABSTIMMUNGS-TEXT (kurz)		
JA	NEIN	ENTHALTUNG
Ergebnis: angenommen/abgelehnt	Keine Dokumentation nötig Eintrag in <b>Internem Leitfaden / Finanzleitfaden</b> Erledigt / <b>muss noch gemacht werden</b>	

>>> Diskussion <<<

- Erwähnung der bereits erfolgenden Unterstützung, verbunden mit Appell
- Frage: Wann wird es relevant für bayrische Landespolitik, dieses Thema Ernst zu nehmen
  - Druck auf Öffentlichkeit und Politik durch Studischaften muss wachsen
  - Wir, als VS HD können Referenz unserer Erfahrungen aufzeigen, welche Möglichkeiten Studischaften in BaWü haben :
    - Problembewusstsein zu erst bei Studis schaffen!
    - Man könnte an den FSen anknüpfen, dort vielleicht am ehesten schon ein Aktionspotential vorhanden
    - auf Inseln der Demokratischen Selbstverwaltung aufmerksam machen und klar machen, dass auch diese nicht demokratisch funktionieren können, sondern auf Güte der Rektorate angewiesen sind
    - Unis sind auf Mitwirkung der Studierenden angewiesen
    - Kompetenzerwerb Demokratie und kritisches Denken
    - Bundesweite Aufmerksamkeit erhöhen.
    - Die richtigen politischen Parteien ansprechen und zum Handeln bringen.
    - Koalitionspartner als Variante
    - Möglichkeiten der Verfasstheit – mit Beispielen illustrieren
      - unterscheide nach Studis, breiterer Öffentlichkeit und Politikern
    - in der Argumentation von Wähler\*innen aus denken

Was könnten wir umsetzen? Überlegungen

- „Hilfe zur Selbsthilfe“ Studis aus Bayern schulen
  - VSen Schulung: landesweite Einladung
  - Vorgehen: Strukturen in Bayern kontaktieren, individuelle Bestandsaufnahme machen, anhand unserer Erfahrungen Lösungsvorschläge/ Ziele entwickeln
  - politische Aufladung im Konzept vermeiden: Einladung möglichst generell formulieren,

- parteiübergreifend annehmbar
- Netzwerk des fzs nutzbar bzgl. Kontakte/ Strukturen
  - Vernetzung auch mit anderen Strukturen
  - Aktionen wie Schulungen müsste mit sinnvollem Abstand zur Landtagswahl stattfinden / oder auch langfristig auf Bundestagswahl planen
  - Bildungstreik 2018 / größer aufgezogen 2019
  - Positionspapier / Pressemitteilung neu initiieren → an den StuRa

Verfahrensvorschlag: Ausarbeitung mit Stefan > Besprechung in der RefKonf > Weitergabe an den StuRa

## 9.4 Antisemitismus an der Hochschule

<https://www.stura.uni-heidelberg.de/nachrichten/article/studierende-gegen-antisemitismus.html>

### **In der Sitzung am 12.08 hat der StuRa eine Erklärung gegen Antisemitismus verabschiedet.**

#### **Die Studierenden der Universität Heidelberg verurteilen jede Form von Antisemitismus!**

Wir, die Studierenden der Universität Heidelberg, sind erschüttert über die antisemitischen Vorfälle der letzten Wochen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik und in ganz Europa.

Wir hätten es nie für möglich gehalten, dass es je wieder dazu kommen könnte, dass Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland Angst davor haben müssen, ihre Religionszugehörigkeit offen zu zeigen. Dieser Punkt ist nun offenbar wieder erreicht, Synagogen werden geschändet wie kürzlich in Essen und Wuppertal und Menschen, die in Läden oder auf offener Straße eine Kippa tragen, werden beschimpft und verfolgt, auf Demonstrationen und im Internet werden Schmährufe wie " Hamas, Hamas, Hamas - Alle Juden ins Gas!", "Tod Israel" und "Tod allen Juden" verbreitet.

Wir können und wollen so etwas nicht hinnehmen und treten deshalb allen Formen des Antisemitismus konsequent entgegen und solidarisieren uns mit allen Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland, insbesondere mit der Jüdischen Kultusgemeinde Heidelberg und unserer Partnerhochschule, der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg.

Wir fordern daher ein sofortiges Ende der Schmähungen, Beleidigungen und Ausschreitungen gegenüber jüdischen oder als jüdisch wahrgenommenen Institutionen und Personen.

Dies stellt ausdrücklich keine Positionierung im aktuellen Konflikt um den Gazastreifen oder im langjährigen Nahost-Konflikt dar. Wir stellen uns hier ausdrücklich gegen den Antisemitismus in Deutschland, der scheinbar wieder gesellschaftsfähig ist und von einer

immer größer werdenden Gruppe und Angehöriger aller Schichten, Millieus und politischer Lager geduldet, wenn nicht sogar unterstützt wird. Wir positionieren uns jetzt, angesichts der jüngsten antisemitischen Vorfälle in Deutschland. Wir stehen für eine offene, pluralistische Gesellschaft und verurteilen daher prinzipiell alle Formen von Antisemitismus, Antiislamismus, Antiziganismus, Rassismus, sowie jedweder Diskriminierung. Wir verurteilen generell alle Formen der Gewalt. Dies schließt die Kritik von Hetzrede und Hasssprache ausdrücklich ein. Volksverhetzung ist keine bloße Meinungsäußerung, sie ist eine Praxis der Gewalt.

Wir fordern hier ausdrücklich keine Einschränkung des Demonstrationsrechtes oder der Meinungsfreiheit; Antisemitismus jedoch muss in seinen Ansätzen bekämpft werden.

Wir fordern alle Menschen in Deutschland dazu auf, sich unserer Zivilgesellschaft bewusst zu werden und aktiv gegen Antisemitismus vorzugehen, sich den Antisemiten in den Weg zu stellen und weitere Übergriffe zu verhindern und jüdische Gebäude und Institutionen zu schützen. Wir unterstützen Dieter Graumann hiermit in seiner Forderung nach einer Welle der Solidarität mit den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden.

Wir fordern zudem alle gesellschaftlichen Gruppen/die Gesellschaft als Ganzes dazu auf, es uns gleich zu tun und sich öffentlich gegen jede Form des Antisemitismus zu stellen.

Wir bringen unsere Hoffnung zum Ausdruck, dass sich solche Vorfälle weder in Heidelberg noch anderen Ortes wieder ereignen. Gruppen und Individuen jeglicher Religionszugehörigkeit sollen in unserer Stadt weiterhin friedlich zusammen leben können.

Die Studierendenschaft der Universität Heidelberg

Der Spiegel berichtete am 11.07.2017

"Der Fall der HAWK ist der prominenteste dieser Art, selbst die "Jerusalem Post" berichtete darüber. Doch der einzige ist es nicht: In jüngster Zeit häufen sich die Antisemitismus-Vorwürfe an deutschen Universitäten und Fachhochschulen. Der Streit dreht sich um Inhalte von Seminaren und Vorlesungen, um die Ansichten von Dozenten und um angeblich einseitiges Lehrmaterial. Konflikte gab es auch an der Georg-August-Universität Göttingen. Dort hatten zwei Professoren, Irene Schneider vom Seminar für Arabistik/Islamwissenschaft und der Rechtswissenschaftler Kai Ambos, eine Vortragsreihe organisiert, die im vergangenen November eröffnet werden sollte. Im Rahmen der Ringvorlesung "Naher Osten - Ferner Frieden?" sollte auch eine Ausstellung auf dem Campus gezeigt werden: "Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948". Studierendenvertreter kritisierten die Ausstellung, die ein Verein für palästinensische Flüchtlingskinder kuratiert hat, als antisemitisch, forderten ihr Verbot."

Der neue Beauftragte für Antisemitismus

## Antisemitismus-Beauftragter **Michael Blume** berufen

Im Kampf gegen Judenfeinde: Der promovierte Religionswissenschaftler soll als Anlaufstelle für Beschwerden dienen

Von Jens Schmitz, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Wenige Tage nach einem entsprechenden Landtagsbeschluss hat die Regierung [einen Antisemitismus-Beauftragten](#) für Baden-Württemberg bestellt. Der [promovierte Religionswissenschaftler Michael Blume](#) soll als Anlaufstelle für Beschwerden dienen und vom Staatsministerium aus den Kampf gegen Judenfeindlichkeit koordinieren. Blume sei ein hochgeschätzter Experte, der zu den jüdischen Gemeinschaften, aber auch zu Kirchen und muslimischen Verbänden in einem engen Vertrauensverhältnis stehe, erklärte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne).

Der 41-jährige Blume arbeitet seit 2003 im Staatsministerium, derzeit als Leiter des Referats für "Nichtchristliche Religionen, Werte, Minderheiten, Projekte Nordirak". 2015 betreute er die Überführung von gut 1000 jesidischen Frauen und Kindern nach Baden-Württemberg, die zuvor in IS-Gefangenschaft gewesen waren. 2017 veröffentlichte er das Buch "Islam in der Krise". Der evangelische Christ ist verheiratet und hat drei Kinder.

Seine bisherige Tätigkeit soll er auch künftig ausüben. Hinzu kommen nun aber Funktionen als Ansprechpartner sowie als Koordinator zwischen den Ministerien. Blume soll eine unabhängige Expertenkommission einrichten und in einer geplanten Bund-Länder-Kommission mitwirken.

"Der Rechtsextremismus und der Bereich Islamismus sind die beiden großen Bereiche, in denen wir gerade mit Antisemitismus zu kämpfen haben", sagte Blume am Dienstag. Blume soll nicht nur helfen, muslimische Gemeinden für diesen Kampf zu gewinnen. Er soll auch an pädagogischen Konzepten für Kindergärten oder Schulen mitwirken, die sich aus Zuwandererfamilien mit antisemitischem Gedankengut konfrontiert sehen.

Blume will seine Arbeit am kommenden Montag beginnen und am 25. April an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg seine Antrittsrede halten.

Von Jens Schmitz, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Parteiübergreifend hat der baden-württembergische Landtag die Berufung eines Antisemitismus-Beauftragten beschlossen. Enthaltungen und eine Nein-Stimme kamen von der AfD. Unter den Augen jüdischer Religionsvertreter und einer Repräsentantin des Staates Israel lieferte sich das Parlament eine mehrstündige

Grundsatzdebatte.

98 antisemitische Straftaten gab es 2017 in Baden-Württemberg, davon zählt das Innenministerium 91 in den rechtsmotivierten Bereich. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erklärte, das neue Amt direkt im Staatsministerium ansiedeln zu wollen. Der Beauftragte soll von einem Beraterkreis unterstützt werden und "mit allen notwendigen Ressourcen ausgestattet sein, um seine wichtige Aufgabe erfüllen zu können". Er soll regelmäßig Berichte erstatten und die Stimme der Juden hörbar machen.

Nach Informationen der RNZ hat sich das Kabinett bereits auf den Religionswissenschaftler Michael Blume geeinigt, der im Staatsministerium als Referatsleiter arbeitet. 2015 brachte er 1100 jesidische Frauen und Kinder, die in IS-Gefangenschaft geraten waren, nach Baden-Württemberg. 2017 veröffentlichte er das Buch "Islam in der Krise".

Die meisten Redner sind sich einig: Die Zunahme antisemitischer Tendenzen ist besorgniserregend. Der Antrag nennt neben dem Rechtsextremismus als Ursache die Zuwanderung aus Nordafrika, dem Nahen und Mittleren Osten. Antisemitische Einstellungen reichten aber bis in die Mitte der Gesellschaft.

Als der Abgeordnete Wolfgang Gedeon ans Rednerpult tritt, sehen sich viele bestätigt. "Dieser Antrag, der hier vorliegt, ist durch und durch zionistisch geprägt", ruft der AfD'ler, der zwar die Fraktion, nicht aber die Partei verlassen hat, "und wenn wir den verabschieden, ist das ein Kotau vor dem Zionismus."

Der Antrag heißt "Antisemitismus geschlossen bekämpfen" und wurde von Grünen, CDU, SPD und FDP eingebracht. Wenn man den Ausführungen seiner Kollegen glauben darf, hätte AfD-Fraktionschef Bernd Gögel als Initiator gern mitgemacht, Gögel widerspricht nicht.

Doch die Kollegen haben zu viele Fragen an seine Fraktion: "Reine Lippenbekenntnisse von Ihrer Seite reichen nicht aus", sagt Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz. "Ihre Fraktion hat beantragt, die Haushaltsmittel für die Gedenkstätten zu streichen. Ihre Fraktion hat beantragt, die Mittel für die politische Bildungsarbeit zu streichen."

CDU-Chef Wolfgang Reinhart kritisiert den AfD-Rechtsausleger Björn Höcke, der das Holocaust-Denkmal in Berlin als "Denkmal der Schande" verhetzt habe, und geißelt das Grundsatzprogramm der Partei, demzufolge die Erinnerungskultur in Deutschland "aufzubrechen" ist. "Rassismus und Antisemitismus sind nicht Ausdruck von Meinungsfreiheit, sondern Verbrechen", fügt der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Stoch hinzu. Der Abgeordnete Gedeon sei weiterhin in der Partei und dürfe mit der Fraktion zusammenarbeiten, obwohl er in seinen Schriften gegen Juden hetze.

"Würde die AfD tatsächlich die Sorge um die Juden umtreiben, dann würde sie den Blick auch auf ihren eigenen Laden richten", erklärt Winfried Kretschmann. Am Ende stimmen von 133 anwesenden Abgeordneten 115 für den Antrag. Die AfD-Fraktion enthält sich, ihr

Parteilindegosse Gedeon stimmt mit "Nein".

>>> Diskussion <<<

- **Positionierung von 2014**
- in Anknüpfung an StuRa-PM vom 12.08. : Aufbauen auf Positionierung pro Pluralismus und Abgrenzung von Gewalt (**siehe gelbe Markierung**)  
=> Absatz erweitern zu separater Positionierung/Mitteilung
- anlassbezogenen PM erneut unterbreiten, wird es sicherlich bald wieder geben
- wir können zusätzlich gezielt in Problemfälle innerhalb unserer Strukturen gehen

Welchen Fokus sollten wir setzen?

- Politische Bildung?

Überlegung: Referat zu religiöser Diskriminierung

- Brückenschlag zu weiteren Diskriminierungs-Bereichen / Themen  
→ Vernetzung unter den einzelnen Referaten stärker vorantreiben  
=> Refkonf gezielt zur Arbeit der Autonomen Referate initiieren

Wie sieht die Positionierung der Uni hierzu aus?

Wie entstanden die aktuellen autonomen Referate?

Sind mit Gesundheitsreferat auch psychische Erkrankungen sowie psychosoziale Störungen impliziert?

=> Kontaktaufnahme mit Referent\*innen des Gesundheitsreferats

=> insgesamt wäre eine dichtere Kommunikation und Zusammenarbeit mit autonomen Referaten in der RefKonf sehr wünschenswert

<b>Abstimmung zu TOP</b>		
ABSTIMMUNGS-TEXT (kurz)		
<b>JA</b>	<b>NEIN</b>	<b>ENTHALTUNG</b>
<b>Ergebnis: angenommen/abgelehnt</b>	<b>Keine Dokumentation nötig</b> <b>Eintrag in Internem Leitfaden / Finanzleitfaden</b> <b>Erledigt / muss noch gemacht werden</b>	



## 9.5 Wohnraum

Antragsteller\*in: SB Plenum

Wohnraum in Heidelberg ist sehr teuer. Viele Studierende haben wenig Möglichkeit sich günstigen Wohnraum zu leisten. Auch wenn Bafög helfen soll, so sind die für Miete veranschlagten 250€ nicht ausreichend um würdevoll (§1GG) zu leben.

Die VS sollte eine inhaltliche Positionierung zur Thematik formulieren.

[https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle\\_und\\_Beschluesse/1/Beschluesse/Beschluss\\_Wirwollenda\\_sguteLeben.pdf](https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Beschluss_Wirwollenda_sguteLeben.pdf)

Am 25.11.2014 hat der StuRa der Universität Heidelberg folgenden Positionierung zum gutem Leben gefasst

Soziale Segregation\* und Gentrifizierung\* sind zwei Prozesse die miteinander hergehen und auch die Heidelberger Stadtlandschaft und Studierendenschaft seit den 50-er Jahren prägen. Mit dem Beginn des Aufbau des Neuenheimer Feldes als Unicampus 1951 hätte eine starke Steigerung der Studierendenzahlen vorhergesehen werden können, doch die nächsten großen Wohnraumprojekte der Stadt mit den Stadtviertel Emmertsgrund und Boxberg liefen erst in den 60-er und 70-er Jahren an, als der Campus schon ganz ausgebaut war. Bereits zu dieser Zeit zeigte sich, dass die studentische Kultur und die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen aus den Hauptwohngebieten der Stadt ausgelagert werden sollten. Während in den 70-er Jahren die studentische Kultur aus der Altstadt verdrängt wurde, indem diese in einem klassischen von der Stadt geförderten Gentrifizierungsprozess zu einem besser Wohnviertel aufgewertet wurde, begannen sich zeitgleich die sozialprekären Wohngebieten am südlichen Stadtrand zu entwickeln.

Ohne Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um den einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen einen Verbleib in ihrem gewohnten Umfeld zu gewährleisten, bildeten sich in der Altstadt marktökonomische und touristische Strukturen heraus, die von der Stadtplanungspolitik auch noch gefördert wurden, während der Wohnraum für die sozialschwächeren vernachlässigt und ausgelagert wurde. Man verschob das Problem in einen neuen Stadtbezirk und hübschte durch die Neugewinnung der Wirtschaftsbranche in der Altstadt den Stadthaushalt auf. Studieren war noch erwünscht, aber das Leben und Wohnen des Klischeebehafteten (lauten, randalierenden, trinkenden) Studierenden sollte doch bitte nicht mehr negativ im Stadtbild auffallen.

Heute stehen wir wieder vor einer ähnlichen Situation, wie in den Prozessen der 70-er Jahre, nur um die 12% der Studierenden kommen in den Wohnheimen des Studierendenwerks unter und selbst dieser Wohnraum ist für viele BAfÖG-Empfänger\*innen noch viel zu teuer, da die Preise deutlich über der BAfÖG-Mietpauschale von 224 Euro liegen. Eine Auslagerung von Wohnheimkapazität an private Wohnheimträger\*innen bringt ebenfalls keine Lösung, da deren Preise meist noch deutlich höher sind, als diejenigen des Studierendenwerks.

Zeitgleich setzt wiedereinmal ein städtisch geförderter Gentrifizierungsprozess zentrumsnaher Gebiete, der mit sozialer Segregation einher geht, ein, mit dem die Gruppe der Studierenden aus der Stadt verdrängt wird. Die Höhe der Mieten führt dazu, dass viele unserer Kommiliton\*innen in

die sozialen Brennpunktgebiete und -stadtteile, wie Emmertsgrund oder auf den Boxberg ziehen müssen, weil sie nur noch dort bezahlbaren Wohnraum finden. Andere Studierenden nehmen täglich Anfahrtswege von über einer Stunde zur Universität in Kauf, weil sie noch nicht mal in den Heidelberger Randbezirken Wohnraum gefunden haben, sondern auf die Dörfer oder Industriegebiete im Umfeld ziehen müssen.

Wir als Studierendenrat fordern die Stadt und das Studierendenwerk auf, endlich zu handeln und sich nicht weiter der Realität zu verschließen und die Verdrängung zugunsten marktökonomischer Mechanismen weiter zu befördern.

Das Studierendenwerk muss durch Neubauten und Aquirierung frischer Gelder von Landesseite neue Wohnheimsplätze schaffen und nicht alte einreißen, weil in den Wohnungen kein W-LAN-Netzwerk vorhanden ist und die Stadt muss ihrer Verantwortung gegenüber allen Bürger\*innen gerecht werden und mit ihren eigenen und mit der Einwerbung von Landesmitteln den sozialen Wohnungsbau auch in den in der Vergangenheit gentrifizierten Gebieten wieder fördern. Alle Menschen, auch Studierende, haben ein Recht auf Wohnraum, in dem sie sich auch zuhause fühlen können.“Es muss endlich bezahlbarer Wohnraum für alle her!

\*Begriffserklärungen: s. Antragsanhang

Antragsanhang:

Def. Soziale Segregation: Quelle:

<http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/glossar/segregation.php>

#### Soziale Segregation

"Der Begriff "soziale Segregation" verweist auf soziale Unterschiede innerhalb einer Stadt und die räumliche Konzentration der Wohn- und Lebensräume bestimmter Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Stadtgebieten, d.h. das Auseinanderrücken von Jung und Alt, Arm und Reich, Deutschen und Nichtdeutschen innerhalb einer Stadt. Segregation ist als räumlicher Ausdruck der Sozialstruktur und sozialen Ungleichheiten der Bevölkerung zu verstehen. Dabei (...) kommen nur solche sozialstrukturellen Unterschiede und Ungleichheiten zum Tragen, die über Entscheidungen für Wohnstandorte und den Wohnungsmarkt vermittelt werden. Über die Entscheidung für oder gegen ein Wohngebiet bestimmter Bevölkerungsgruppen oder Effekte des Wohnungsmarktes (z.B. hohe Mietkosten) entsteht die unterschiedliche Konzentration von Bevölkerungsgruppen in einigen Wohngebieten.

Das sagt die Stadt aktuell zur Wohnraumsituation:

**Vielfalt erhalten.** Heidelberg gehört heute beim Wohnen zu den bundesweit teuersten Städten.

Die Defizite auf dem Heidelberger Wohnungsmarkt werden die Stadt unter anderem in ihrer sozialen Zusammensetzung und demographischen Entwicklung gefährden, wenn durch Abwanderung bestimmter Haushaltsgruppen andere dominieren oder bei der Zuwanderung bestimmte Haushaltsgruppen ausgeschlossen werden. Bund und Land widmen sich in zunehmend geringerem Maße dem Wohnungsbau. Es gilt deshalb, geeignete Instrumente zu entwickeln, mit denen eine bunte und vielfältige Wohnbevölkerung erhalten bzw. geschaffen werden kann.

**Wohnraum fördern.** Neben der Fortführung der Energiesparprogramme hat sich die Wohnbauförderung in den letzten drei Jahren im Besonderen der Schaffung, dem Ausbau und der Anpassung zielgruppenspezifischer Handlungskonzepte, Angebote, und Förderprogramme gewidmet. Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg hat die benötigten finanziellen Mittel hierzu bewilligt. Eine rege Nachfrage zeigt, dass die Wohnbauförderung attraktive Instrumente entwickeln konnte, die den sich ändernden Ansprüchen und Bedürfnissen der städtischen Bevölkerung Rechnung trägt und gleichzeitig städtisch/gesellschaftlichen Ziele gerecht wird.

**Für alle Generationen.** Das übergeordnete Ziel, das mit der Fortschreibung des Wohnungsentwicklungsprogramms erreicht werden soll, heißt: Heidelberg schafft, erhält und vermittelt geeigneten Wohnraum für alle Generationen, insbesondere für Familien, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen in allen Einkommensbereichen, insbesondere für untere und mittlere Einkommen.

fzs fordert Umdenken in der studentischen Wohnraumpolitik:

<http://www.fzs.de/themen/sozialpolitik/461712.html>

## **fzs fordert Umdenken in der studentischen Wohnraumpolitik**

09.10.2017: Pressemitteilung zu studentischer Wohnungsnot.

Zum Beginn des Semesters stehen viele Student\*innen noch immer ohne Wohnung da. Die studentische Wohnungsnot wird in Zeiten steigender Mieten und der Verdrängung sozialer Gruppen aus der Stadt immer mehr zum Problem.

"Ein erfolgreiches Studium ist abhängig von einer funktionierenden sozialen Infrastruktur. Dazu gehört in erster Linie eine gesicherte, bezahlbare Unterkunft. Gerade zu Studienbeginn stehen heute jedoch viele Studienanfänger\*innen vor der Herausforderung, günstigen Wohnraum an ihrem Studienort zu finden", erklärt Eva Gruse aus dem Vorstand des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs).

"In vielen Städten bilden sich studentische Initiativen, die Studienanfänger\*innen Schlafplätze auf dem WG-Sofa anbieten oder Indoor-Zelten gegen studentische Wohnungsnot veranstalten. Wir freuen uns sehr über diese große Solidarität unter den Student\*innen und danken den zahlreichen studentischen Initiativen. Eine langfristige Lösung können sie allerdings nicht sein, weswegen wir eine neue Wohnraumpolitik fordern, welche die Stadt wieder zu einem Ort für alle macht." erläutert Tobias Eisch, Vorstandsmitglied des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften.

Weiter Konstantin Korn aus dem Vorstand des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften: "2017 kostet in den 10 begehrtesten Hochschulstädten ein WG-Zimmer im Durchschnitt 434 Euro. Bei einer Wohnpauschale von 250 Euro, wie sie das BAföG vorsieht, wird schnell klar, dass studentischer Wohnraum viel zu teuer ist. Auch in viele anderen Hochschulstädten reichen die 250 Euro nicht zum wohnen. Ein erster Schritt, um dem Problem kurzfristig entgegen zu wirken, muss die Schaffung von innerstädtischen Student\*innenwohnheimen durch das Studentenwerk [sic!] sowie eine Erhöhung des BAföGs als Vollzuschuss an alle Student\*innen sein."

"Eine langfristige Lösung des Wohnraumproblems stellt dies allerdings auch nicht dar. Die Stadt ist ein Ort an dem sich Leben von Menschen aus den unterschiedlichsten sozialen Gruppen vollzieht. Ein lebenswertes Umfeld hängt stark von der Diversität der Stadtteile und ihrer kulturellen und sozialen Freiheiten ab. Die sozialen Ausschlüsse unter den neoliberalen Verhältnissen greifen auch in der Stadtgesellschaft. Wir benötigen ein Verständnis von Wohnraum, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und ihn nicht nach seiner ökonomischen Verwertbarkeit ausrichtet." führt Nathalie Schäfer aus dem Vorstand des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften fort.

Eine gerade gestartete Kampagne des fzs

<https://studis-gegen-wohnungsnot.com/2018/03/21/breites-buendnis-startet-wohnraumkampagne/>

## Breites Bündnis startet Wohnraumkampagne!

Gemeinsam startet das Bündnis „Studis gegen Wohnungsnot“, bestehend aus Campusgrün, den Juso Hochschulgruppen, SDS.dieLinke, dem freien Zusammenschluss von student\*innenschaften, dem Bundesverband ausländischer Studierender (BAS), ver.di BAG Studierende, dem Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) der GEW und der bunten.liste Regensburg pünktlich zu Semesterbeginn die neue Kampagne für das Sommersemester 2018 zu Wohnraum und sozialem Wohnungsbau.

Im Rahmen der breit angelegten Kampagne werden in den Monaten von April bis Juli verschiedene Schwerpunkte gesetzt. „Wenn wir über bezahlbaren Wohnraum und sozialen Wohnungsbau sprechen, ist klar, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, von dem auch Student\*innen betroffen sind. Um den verschiedenen Aspekten gerecht zu werden, haben wir uns als Bündnis entschieden, die Kampagne in Themenmonaten aufzubauen“, so Katharina Lenuck aus dem Bündnis Studis gegen Wohnungsnot. Die Kampagne baut dabei auf vielen Aktionen lokaler Gruppen und Organisationen, wie Student\*innenschaften, Wohnrauminiativen oder Hochschulgruppen auf, denen dadurch ein gemeinsamer Rahmen gegeben wird. Die Student\*innen stellen dabei Forderungen an die verschiedenen politischen Ebenen.

Im April soll so vor allen Dingen ein breites Bewusstsein für die Problematik geschaffen werden, und das Thema Wohnraum wieder mehr in den öffentlichen Diskurs gerückt werden. „Insbesondere zu Semesterbeginn spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu, viele Student\*innen bleiben wochenlang wohnungslos, müssen in Notschlafquartieren unterkommen und die Wohnungen, die evtl. verfügbar sind, übersteigen das Budget der Student\*innen eigentlich immer“, erläutert Johannes Glembek aus dem Bündnis.

„Anschließend werden im Mai neben einem Call for Organizing mögliche Lösungen aufgezeigt. Um dem Problem Wohnraum zu begegnen, ist es notwendig sich mit Alternativen zu klassischem Wohnen auseinanderzusetzen und Wohnraum als gesellschaftliche Aufgabe zu begreifen.“, ergänzt Tobias Eisch vom Bündnis.

Im Juni soll sich vor allen Dingen der Situation internationaler Student\*innen gewidmet werden, die bei der Wohnungssuche zusätzlich vielen rassistischen Vorurteilen ausgesetzt sind. „Insbesondere bei dem gesellschaftlichen Rechtsruck, müssen wir uns ausführlich den rassistischen Strukturen auf dem Wohnungsmarkt widmen und uns mit ihnen auseinandersetzen. Es geht uns darum, die Probleme aller sichtbar zu machen, damit rassistische Strukturen und Wohnungsnot gemeinsam bekämpft werden können“, führt Maimouna Ouattara von Studis gegen Wohnungsnot aus.

Wir stehen für eine offene, pluralistische Gesellschaft und verurteilen daher prinzipiell alle Formen von Antisemitismus, Antiislamismus, Antiziganismus, Rassismus, sowie jedweder Diskriminierung. Wir verurteilen generell alle Formen der Gewalt. Dies schließt die Kritik von Hetzrede und Hasssprache ausdrücklich ein. Volksverhetzung ist keine bloße Meinungsäußerung, sie ist eine Praxis der Gewalt.

- Übergangslösung in den StuWe-Wohnheimen für wohnungslose Studis zu Semesterbeginn unter prekären Bedingungen (Feldbetten)
- 20 % der neuvergebenen Wohnräume nicht bewohnbar
- => Pressemitteilung aktualisieren: neue Wohngebiete und Wohnheime
- Fauler Pelz soll umgebaut werden

[https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg\\_artikel,-fauler-pelz-heidelberg-die-universitaet-will-in-den-altstadt-knast-plus-video-\\_arid,334356.html](https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-fauler-pelz-heidelberg-die-universitaet-will-in-den-altstadt-knast-plus-video-_arid,334356.html)

- Konversionsflächen: StuWe wird einen Teil erhalten
- Patrick Henry Village in Planung
- ca. 40 000 Studierende an Heidelberger Hochschulen bei fast 150 000 Einwohnern
- 

Was tun?

- Neues Positionspapier erarbeiten
- Kontakt zur Stadtplanung aufnehmen
- Kontakt zum Mieterschutzbund Heidelberg aufnehmen
- Statistiken recherchieren zum Wohnraumbedarf
- keine Konkurrenz zu anderen Statusgruppen aufbauen

<b>Abstimmung zu TOP</b>		
ABSTIMMUNGS-TEXT (kurz)		
<b>JA</b>	<b>NEIN</b>	<b>ENTHALTUNG</b>
<b>Ergebnis: angenommen/abgelehnt</b>	<b>Keine Dokumentation nötig Eintrag in Internem Leitfaden / Finanzleitfaden Erledigt / muss noch gemacht werden</b>	

## 9.6 Schwanger als Studentin\*

Studierendenwerk und Universität: Wie steht es um die Kinderbetreuung und Beratung von Frauen\* in der Schwangerschaft

"Handreichung zum Mutterschutzgesetz (MuSchG)

Das Mutterschutzgesetz (MuSchG) wurde im März 2017 nach langer Zeit novelliert. Eine große Errungenschaft stellt dabei der Einbezug von Schülerinnen\* und Studentinnen\* im Gesetz dar. Bisher konnten diese Gruppen nur auf Antrag einige Regelungen des MuSchG nutzen. Ab Inkrafttreten des Gesetzes (01.01.2018) gelten alle Regelungen automatisch für Studentinnen\* und Schülerinnen\*, mit der Option freiwilligen Verzichts (Widerruf). Die Verantwortlichkeiten für Gewährleistung der Schutzmaßnahmen und

-fristen wird also - auch auf starken Einsatz des fzs als studentische Interessenvertretung auf Bundesebene - von den Betroffenen auf die Ausbildungsstätten verlagert, aus einer "Option-In" wurde "Option-Out".

Viele Regelungen müssen zusätzlich noch auf Hochschulebene und ggf. auf Landesrechtlicherebene verankert oder ausformuliert werden. Damit die lokalen Student\*innenschaften auf eine zügige und vollständige Implementierung achten können haben wir diese Handreichung für euch erstellt, die die wichtigsten auf Hochschulebene und ggf. Landesebene zu regelnden Punkte behandelt. Wir hoffen, damit den Auseinandersetzung vor Ort zu unterstützen, so dass möglichst viele gute Regelungen für die Studentinnen\* umgesetzt werden können.

<https://www.studentenwerke.de/de/content/seit-dem-1-januar-2018-gilt-der>

## STUDIENFINANZIERUNG

# Mutterschutz für Studentinnen

**Seit dem 1. Januar 2018 gilt der Mutterschutz auch für Studentinnen. Wirkt sich diese Änderung auf den Bezug von BAföG aus?**

Seit dem 1.1.2018 gilt das Mutterschutzgesetz auch für Studentinnen. Mutterschutz beginnt 6 Wochen vor der Geburt bzw. dem errechneten Geburtstermin und endet 8 Wochen nach der Geburt (bei Frühgeburten/Mehrlingsgeburten/Behinderung 12 Wochen).

Die neue Regelung verändert das BAföG jedoch nicht. Schwangerschaft und Kindespflege sind im BAföG ohnehin schon seit langem berücksichtigt.

Grundsätzlich wird BAföG nur für ein tatsächlich betriebenes Studium gewährt (§ 15 Abs. 2 BAföG). Ist eine Studentin allerdings wegen ihrer Schwangerschaft daran gehindert, am Studium teilzunehmen, wird ausnahmsweise BAföG für maximal 3 Monate fortgezahlt (§ 15 Abs. 2a BAföG). Dabei wird der Monat, in dem das BAföG-Amt über die Schwangerschaft informiert wird, nicht mitgezählt.

Diese BAföG-Fortzahlung ohne zu studieren, gilt übrigens auch, wenn dem BAföG-Amt eine Krankheit gemeldet wird. Es zählt das ärztliche Attest.

Zusätzlich kann wegen Schwangerschaft oder Pflege und Erziehung eines Kindes bis zu 10 Jahren – sofern das BAföG-Amt davon weiß – über die Förderungshöchstdauer (= Regelstudienzeit) hinaus

- wegen Schwangerschaft für 1 Semester
- wegen Pflege und Erziehung von Kindern je nach deren Alter bis zu weiteren 7 Semestern

BAföG-Förderung gewährt werden. Diese BAföG-Förderung ist dann ein Vollzuschuss – also geschenkt (anstatt 50 % Zuschuss und 50 % zinslosem Darlehen). Voraussetzung für die Zahlung ist allerdings,

dass die Schwangerschaft oder Pflege und Erziehung eines Kindes der Grund für die Studienzeitverlängerung ist (§ 15 Abs. 3 Nr. 5 BAföG: Kausalität).

Wenn eine Verlängerung des Studiums absehbar ist, kann außerdem die Vorlage des BAföG-Leistungsnachweises (nach dem 4. Fachsemester) entsprechend nach hinten verlegt werden (§ 48 Abs. 2 BAföG).

25.01.2018

Das Bundeskabinett für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche über die neuen Mutterschutzregelungen

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundeskabinett-beschliesst-neuregelung-des-mutterschutzes/76052?view=DEFAULT>

### Bundeskabinett beschließt Neuregelung des Mutterschutzes

Das Bundeskabinett hat am 4. Mai den von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig vorgelegten Gesetzentwurf zur Neuregelung des Mutterschutzrechts beschlossen.

Mit dem Gesetz soll der bestmögliche Gesundheitsschutz für schwangere und stillende Frauen gewährleistet werden. Die Regelungen zum Mutterschutz stammen im Wesentlichen aus dem Jahr 1952. Seither haben sich die Arbeitswelt, aber auch die Erwerbstätigkeit der Frauen selbst grundlegend gewandelt.

### Erhöhung der Schutzfrist nach Geburt eines Kindes mit Behinderung

"Mit dieser Reform passen wir den Mutterschutz an die heutigen Realitäten an. Das Gesetz war veraltet – wir bringen es auf die Höhe der Zeit. Besonders wichtig ist, dass wir den Mutterschutz für Mütter von Kindern mit Behinderung verbessern: Hier soll künftig nach der Geburt der Schutz auf 12 Wochen erhöht werden", betonte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig.

Mit der Reform werden neuere gesundheitswissenschaftliche Erkenntnisse umgesetzt und gesellschaftliche Entwicklungen beim Mutterschutz berücksichtigt. Dadurch wird der Diskriminierung schwangerer und stillender Frauen entscheidend entgegengewirkt.

### Mutterschutz auch für Schülerinnen und Studentinnen

"Mehr Frauen können künftig vom gesetzlichen Mutterschutz profitieren: Künftig haben auch Studentinnen und Schülerinnen ein Recht auf Mutterschutz. Mit diesem Gesetz sorgen wir ebenfalls für eine Flexibilisierung - denn viele Frauen möchten gerne länger bis zur Geburt arbeiten", so Manuela Schwesig weiter.

Schülerinnen und Studentinnen werden dann in den Anwendungsbereich des MuSchG einbezogen, wenn die Ausbildungsstelle Ort, Zeit und Ablauf der Ausbildungsveranstaltung verpflichtend vorgibt oder die Schülerinnen oder Studentinnen im Rahmen der schulischen oder hochschulischen Ausbildung ein verpflichtend vorgegebenes Praktikum ableisten. Für Schülerinnen und Studentinnen werden damit nun erstmalig bundeseinheitliche Regelungen für den Mutterschutz getroffen.



Neben Schülerinnen und Studentinnen sollen jetzt auch weitere arbeitnehmerähnliche Personen, Frauen mit Behinderung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Praktikantinnen und Frauen in betrieblicher Berufsbildung in den Anwendungsbereich des Mutterschutzgesetzes fallen. Zudem wird klargestellt, dass die mutterschutzrechtlichen Regelungen beispielsweise auch für Teilnehmerinnen des Bundesfreiwilligendienstes oder für Entwicklungshelferinnen gelten.

#### Einheitliches Gesundheitsschutzniveau

Ziel des Gesetzes bleibt es, eine verantwortungsvolle Abwägung zwischen dem Gesundheitsschutz für eine stillende oder schwangere Frau und ihr (ungeborenes) Kind einerseits und der selbstbestimmten Entscheidung der Frau über ihre Erwerbstätigkeit und ihre Ausbildung andererseits, sicherzustellen. Mit der Reform soll für alle erwerbstätigen schwangeren und stillenden Frauen berufsgruppenunabhängig ein einheitliches Gesundheitsschutzniveau gelten.

Für Bundesbeamtinnen, Bundesrichterinnen und Soldatinnen soll dieses einheitliche Schutzniveau außerhalb des Mutterschutzgesetzes durch entsprechende Rechtsverordnungen auf Bundesebene sichergestellt werden. Für Landes- und Kommunalbeamtinnen sowie für Landesrichterinnen setzen die Länder die unionsrechtlichen Vorgaben in eigener Zuständigkeit um.

#### Mutterschutzrechtliche Vorschriften werden besser strukturiert

Durch den Gesetzentwurf werden die Regelungen zum Mutterschutz besser strukturiert und übersichtlicher gestaltet. Deshalb wird die bisher geltende Verordnung zum Schutze der Mütter am Arbeitsplatz (MuSchArbV) in das Mutterschutzgesetz integriert. Nach den bisherigen Erfahrungen in der Praxis ist die MuSchArbV nicht hinreichend bekannt und wird oftmals aus diesem Grund nicht konsequent angewendet.

#### Ausschuss für Mutterschutz

Der Gesetzentwurf sieht erstmalig auch die Einrichtung eines Ausschusses für Mutterschutz vor. Der Ausschuss soll zukünftig Empfehlungen erarbeiten, die eine Orientierung bei der praxisgerechten Umsetzung des Mutterschutzes bieten. Betriebe und Behörden werden auf diese Weise in Umsetzungsfragen für den Mutterschutz bestmöglich beraten und begleitet.

Im Ausschuss für Mutterschutz sollen geeignete Personen der Sozialpartner, der Ausbildungsstellen, der Studierendenvertretungen, der Landesbehörden sowie geeignete Personen aus der Wissenschaft vertreten sein.

#### Abbau von Bürokratiekosten

Durch die praxisgerechtere Ausrichtung des Mutterschutzgesetzes werden Informations- und Mitteilungspflichten des Arbeitgebers verringert und damit ein Beitrag zur Senkung von Bürokratiekosten geleistet.

Das Gesetz soll im Jahr 2016 verabschiedet werden. Es ist geplant, dass das Gesetz am 1. Januar 2017 in Kraft tritt.

Uni Heidelberg bekommt Auszeichnung als familienfreundliche Universität

[http://www.uni-heidelberg.de/presse/meldungen/2017/m20170621\\_universitaet-heidelberg-erneut-als-familienfreundliche-hochschule-bestaetigt.html](http://www.uni-heidelberg.de/presse/meldungen/2017/m20170621_universitaet-heidelberg-erneut-als-familienfreundliche-hochschule-bestaetigt.html)

Zertifikat zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Studium wurde jetzt Juni in Berlin übergeben

Das Zertifikat zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Studium nahm Dr. Agnes Speck (Bildmitte vorne), Leiterin des Gleichstellungsbüros der Universität Heidelberg, während einer Festveranstaltung in Berlin entgegen.

Die Ruperto Carola ist erneut als familienfreundliche Universität im Audit der berufundfamilie gGmbH – einer Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung – bestätigt worden. Verliehen wird das Zertifikat an Hochschulen, die ihre Personalpolitik und die Gestaltung des Arbeitsumfeldes für Beschäftigte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende darauf ausrichten, dass die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Studium in größtmöglicher Weise gewährleistet werden kann. Dr. Agnes Speck, Leiterin des Gleichstellungsbüros der Universität Heidelberg, konnte das bis März 2020 geltende Zertifikat jetzt in Berlin entgegennehmen.

Das Audit ist als mehrstufiges Verfahren angelegt. Die Universität Heidelberg wurde erstmals im November 2010 als „familiengerechte Hochschule“ zertifiziert und nach einer Evaluation durch „berufundfamilie“ im Jahr 2014 re-auditiert. Im Rahmen der aktuellen Bewertungsrunde wurden die Angebote zur Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie erneut begutachtet und weiterführende Ziele für familiengerechte Studienbedingungen sowie eine familienbewusste Personalpolitik definiert. Die daraus resultierenden 13 Ziele und 31 Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern sollen nun innerhalb der Laufzeit des Zertifikates umgesetzt werden.

Bereits realisiert wurden unter anderem familienorientierte Arbeitszeitregelungen und Telearbeitsmodelle mit einem Wechsel zwischen Homeoffice und Anwesenheit am Arbeitsplatz für Beschäftigte sowie ein Teilzeitstudienangebot, das sich insbesondere auch an Studierende mit Kind wendet. Künftig sollen beispielsweise Führungskräfte dabei unterstützt werden, eine familienbewusste Organisationskultur zu verwirklichen. Zudem sollen Mutterschutz und Elternzeit in der Leistungsbeurteilung bei Berufungsverfahren und der Personalauswahl berücksichtigt werden, wie Dr. Speck erklärt.

Die berufundfamilie gGmbH der Hertie-Stiftung wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. Die Schirmherrschaft des Audits haben das Bundesfamilien- sowie das Bundeswirtschaftsministerium übernommen. In diesem Jahr wurde insgesamt 82 Arbeitgebern das Zertifikat für Familienfreundlichkeit erteilt, darunter acht Hochschulen. Das Audit „Familiengerechte Hochschule“ wird seit 2002 durchgeführt.

Die Verleihung des Zertifikats hat im Rahmen einer Festveranstaltung am 20. Juni 2017 in Berlin

stattgefunden.

siehe:

[http://www.fzs.de/themen/gleichstellung/frauen\\_geschlechterpolitik/366447.html](http://www.fzs.de/themen/gleichstellung/frauen_geschlechterpolitik/366447.html)

Jetzt neu und ohne soziale Absicherung: Mutterschutz auch für Student\*innen

04.05.2016: Am 4. Mai 2016 beschloss das Kabinett den Gesetzentwurf zur Neuregelung des Mutterschutzgesetzes. Im Rahmen der ersten Novellierung seit über 50 Jahren forderte der freie Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs), dass auch Student\*innen, Schüler\*innen und Praktikant\*innen unter Mutterschutz stehen. Die Bundesregierung ist zumindest in Teilen den Forderungen des fzs nachgekommen.

Dazu Marie Dücker, Mitglied im Vorstand des fzs: "Wir begrüßen, dass die Bundesregierung auf die Forderungen der Student\*innen gehört hat. Es war lange überfällig, dass auch schwangere und stillende Schüler\*innen, Student\*innen und Praktikant\*innen durch das Mutterschutzgesetz geschützt werden. Dem Sammelsurium an bisher existenten Regelungen der Hochschulen ist jetzt ein verbindlicher, bundesweiter Rahmen gesetzt."

Mandy Gratz, ebenfalls Mitglied im Vorstand dazu weiter: "Die nun beschlossene Regelung ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Jedoch bleibt eine Schwangerschaft während des Studiums immer noch ein finanzielles Wagnis. Auch jetzt bleiben Student\*innen von sämtlichen finanziellen Leistungen, die mit dem Mutterschutz in Zusammenhang stehen, ausgeschlossen. Stattdessen können Student\*innen eine Ausnahme von der Schutzfrist beantragen. Zynischerweise bedeutet das auch, dass sie arbeiten gehen können und damit für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen, wo anderen die Beschäftigung verboten wird und es staatliche geregelte Ersatzleistungen gibt. Diese Versorgungslücke wurde sehenden Auges nicht geschlossen. Damit wurde wieder nur Kosmetik betrieben, wo viel tiefgreifendere Änderungen von Nöten wären."

>>> Diskussion <<<

- Ausländische / Internationale Studierende → welche Regelungen und Schutzmaßnahmen greifen hier?
- Beratungs- und Betreuungsangebot der Uni Heidelberg und StuWe zertifiziert. Wie sieht es in der Praxis aus, gibt es Erfahrungsberichte hierzu?
- Problematik bei stark strukturierten Studiengängen, wie z.B. Chemie: Praktika und weitere Lehrveranstaltungen müssen abgebrochen werden - aus toxikologischen Gründen – Anschlussprüfungen können nicht abgelegt werden, Verschiebung um ein Jahr (siehe Laborordnung)
- Wie sieht es mit studierenden Vätern aus?
- Kontakt mit Gleichstellungsbüro aufnehmen – Fall Chemie
- insgesamt sollten wir Kontakt zu diesem herstellen

=> PM für

<b>Abstimmung zu TOP</b>		
ABSTIMMUNGS-TEXT (kurz)		
<b>JA</b>	<b>NEIN</b>	<b>ENTHALTUNG</b>
<b>Ergebnis: angenommen/abgelehnt</b>	<b>Keine Dokumentation nötig Eintrag in Internem Leitfaden / Finanzleitfaden Erledigt / muss noch gemacht werden</b>	

Sitzungsbeginn 25.03.18 14:00 Uhr

Anwesend: 4

Insgesamt stimmberechtigt: 2

Stimmberechtigt bei GO:

## 9.7 Rassismus an deutschen Hochschulen

Mehr Texte siehe Pad „Inhalt“

Ein Zeit Campus Artikel zur Einleitung:

<p>Demokratie: Doch, du kannst rassistisch sein</p> <p>Von Leila El-Amaire</p> <p>3. September 2017, 19:07 Uhr 223 Kommentare</p> <p>"Ich kann gar nicht rassistisch sein. Ich will ja Gutes tun." Auf dem Z2X-Festival spricht unsere Autorin über den Aufschrei, wenn sie Diskriminierung anspricht.</p> <p>Beatrix von Storch hat mal eine Statusnachricht über mich geschrieben. Zitat: "Sie wollen keine Integration. Sie lehnen es ab. Und das hier sind die Gemäßigten." Darunter ein Videoausschnitt, in dem ich sage: "Wir müssen uns nirgendwo hin integrieren!" Sie kannte meinen Namen nicht und deshalb zog der rechte Shitstorm mehr oder weniger anonym an mir vorbei. Aber selbst wenn nicht, es wäre mir egal gewesen. Denn ich würde diesen Satz zu jeder Zeit genau so wiederholen.</p> <p>Es wird aber zunehmend schwerer, sich für eine politische Sache einzusetzen. Es ist, als wäre das Wort politisch mit skandalös gleichbedeutend geworden. Der Shitstorm ist inzwischen nur noch ein falsches Wort oder eine konstruierte Wahrheit entfernt. Das mindert aber nicht die Notwendigkeit, weiter zu machen.</p> <p>Wir bewegen uns irgendwo zwischen dem Bewusstsein, dass wir dringender denn je Stellung beziehen müssen und der Erwartung, eine neutrale und distanzierte Haltung zu allem einnehmen müssen. Ein kluges Facebookzitat würde jetzt wahrscheinlich sagen, dass die Mitte das Ziel ist. Ich glaube aber nicht daran. Ich glaube weder daran, dass Facebookzitate klug sind, noch daran, dass unsere Haltung je neutral sein kann. Ich glaube, dass wir keine Zeit mehr haben, davon zu träumen, je dieses Ideal von Neutralität erreichen zu können und auch nicht, dass es die ultima</p>
---

ratio all unserer Konflikte ist.

Der Hinweis zu Rassismus führt zu einem größeren Aufschrei als der Rassismus.

Vor allem nicht, wenn wir in Bereiche vorstoßen, in denen wir noch keine Erfahrungen gesammelt haben und die ersten Reibungspunkte mit den Menschen aufkommen, von denen wir dachten, dass wir uns doch für sie einsetzen. Dann ist nicht die Zeit, neutral zu sein. Aber es ist dann an der Zeit, das Zuhören zu lernen.

Als betroffene Person einer marginalisierten Gruppe, die unter anderem von Rassismus betroffen ist, habe ich oft die Erfahrung gemacht, dass der Hinweis zu Rassismus nicht selten zu einem größeren Aufschrei führt, als der eigentliche Rassismus. Und dasselbe gilt auch bei anderen marginalisierten Gruppen, die von Diskriminierungsformen betroffen sind.

"Ich kann gar nicht rassistisch (ableistisch, homo-, transfeindlich usw.) sein, weil deshalb bin ich doch hier! Denn ich will ja Gutes tun! Ich bin auf deiner Seite!"

Doch, du kannst. Ich kann auch. Wir alle können. Ob wir wollen, scheint die passendere Frage auf die nicht verlangte Antwort. Viele würden das wahrscheinlich verneinen und trotzdem sind sie es ab und an. Und ich sage das ohne Wertung, quasi mit neutraler Gefühlslage.

Denn viel wichtiger als die Frage, ob wir es sind, ist die Frage, was wir mit diesem Hinweis machen. Das entscheidet nämlich oftmals darüber, ob das angestrebte Bündnis zusammenhält oder auseinander bricht. Und auch diese Erfahrung haben sicherlich schon einige gemacht.

Wir alle müssen in unserem Alltag, in unserer Arbeit, in unserem Engagement ziemlich viel herumbalancieren zwischen: Menschen nicht zu nahe treten, positive Veränderungen schaffen, reflektierte Kritik äußern und trotz alle Menschen in einer Art und Weise mitreißen, welche nicht wieder alte Muster reproduziert. Ich glaube aber, dass wir alle das Potential dazu haben, das zu schaffen. Wir müssen uns selbst und uns gegenseitig hierfür nur den Raum und die Möglichkeit geben, auch diese Entwicklung machen zu dürfen.

Eine Entwicklung raus aus alten Denkmustern, eine Entwicklung raus aus neuen Denkmustern. Eine Entwicklung raus aus Mustern. Wir sollten, wenn wir tatsächlich davon überzeugt sind, etwas Gutes im übergeordneten Sinne zu tun und nicht nur für uns selbst, uns die Zeit nehmen, diese Entwicklung auch selbstständig voranzutreiben. Und nicht darauf warten, dass betroffene Menschen uns alles in kleinen, angenehmen Häppchen servieren, die wir verdauen können.

Ich habe anfangs gesagt, dass ich daran glaube, dass wir keine Zeit mehr haben dem Ideal der Neutralität hinterher zu träumen. Aber hier endet es nicht. Ich habe auch keine Zeit mehr, männliche Egos zu streicheln, bevor oder nachdem ich sexistisches Verhalten anspreche. Ich habe keine Zeit, Menschen mit den selben Überzeugungen wie ich, davon zu überzeugen, plumpe 0815-AfD-Anschuldigungen zu durchschauen und zu dekonstruieren. Ich habe keine Zeit mehr, meine Aufmerksamkeit öfter den Leuten zu widmen, die Muster reproduzieren, als den Leuten, die darunter leiden.

Ich habe keine Zeit mehr, den falschen Fokus zu setzen. Ich hätte stattdessen gern mehr Zeit für "Ich höre zu." als "Unterstellst du mir gerade, dass..?!", mehr Zeit für "Wir machen das gemeinsam!" anstelle von "Ich ermögliche dir." und vor allem hätte ich gerne mehr Betonung auf "Haltung" als auf "neutral".

Und ich glaube, dass wenn wir uns an all das regelmäßig erinnern, wir uns allen gegenseitig das Leben wesentlich leichter machen.

„Rassismus betrifft alle Fächer“

<https://www.tagesspiegel.de/wissen/uni-dozentin-natasha-a-kelly-rassismus-betrifft-alle-faecher/20255456.html>

Uni-Dozentin Natasha A. Kelly „Rassismus betrifft alle Fächer“

Wer darf an der Hochschule sprechen und worüber? Die Dozentin Natasha A. Kelly über blinde Flecken in der Wissenschaft.

*Hannah Seidl*

***Frau Kelly, in der öffentlichen Wahrnehmung und ihrem eigenen Selbstverständnis nach sind deutsche Universitäten Orte der Weltoffenheit und der Vielfalt. Sie aber kritisieren Rassismus an Universitäten. Woran machen Sie das fest?***

Rassismus ist inhaltlich, in Form von „epistemischer Gewalt“, also der strukturellen Verdrängung von Schwarzem Wissen und Schwarzen Wissenschaftler\_innen, spürbar (Anm. d. Red.: Natasha A. Kelly legt Wert auf die Großschreibung von „Schwarz“, um damit den Widerstand gegen Fremdbezeichnungen zu markieren, die ‚Hautfarben‘ rassistisch klassifizieren und kodieren. Um geschlechtergerecht zu sprechen, verwendet sie den Unterstrich): Wessen Texte lesen wir? Warum fließt Schwarzes Wissen nicht in den Mainstream der deutschen Gesellschaft und in die Curricula der Universitäten und Schulen, wenngleich es seit vielen Jahrhunderten im deutschsprachigen Raum (re-)produziert wird? Dann geht es auch um die Fragen: Wer darf sprechen und zu welchen Themen? Wer gilt als Individuum, wer darf für sich, aus seiner eigenen Meinung heraus sprechen und wer wird als Stimme eines Kollektivs gesehen? Universitäten an sich sind eurozentrisch ausgelegt, und das ist nur eine mögliche Weltperspektive. Die Multiperspektivität fehlt an deutschen Universitäten. Nicht zuletzt geht es aber auch um die Frage: Wer findet Jobs an den Universitäten – vor allem langfristig?

***Kann schon von Rassismus gesprochen werden, wenn sich das deutsche Curriculum traditionell vor allem mit europäischen Vordenkern befasst?***

Ja, denn die meisten europäischen Vordenker\_innen waren rassistisch. Hegel zum Beispiel propagierte, dass Afrikaner\_innen nur in der Versklavung frei sein könnten. Kant führte biologische Rassenkategorien in Deutschland ein. Diese und andere Fakten werden häufig außen vor gelassen. Vor allem aber haben wir in Europa das Denken von diesen weißen Männern gelernt, ebenso wie das Sehen und Handeln. Und wenn das nicht hinterfragt wird, transportieren wir Rassismus immerzu fort.

***Als Sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität waren, wandten sich häufig Studierende an Sie, die mit Rassismus oder Diskriminierung***

### ***konfrontiert waren. Worum ging es dabei?***

Da ist zum einen die bereits erwähnte epistemische Gewalt, die sich etwa in den Texten verbirgt. Wenn etwa das N-Wort vorkommt und das nicht weiter thematisiert oder reflektiert wird, wird rassistische Gewalt ausgeübt. Viele Studierende haben zudem Nachteile bei der Bewertung befürchtet, wenn sie sich dagegen aussprachen. Auch im Universitätsalltag wurde Rassismus beklagt. Ein Beispiel: Mit einem Porträt wurde bis vor wenigen Jahren der Nobelpreisträger Adolf Butenandt geehrt, der nicht nur bekennender Nationalsozialist war, sondern auch Verbindungen zum Kolonialismus hatte. In diesem Fall handelt es sich um eine Form von visueller Gewalt.

### ***Welche Erfahrungen haben Sie als Dozentin mit Rassismus gemacht?***

Auch Studierende können rassistisch sein. Es kam beispielsweise bei einem Gastvortrag an der Universität Greifswald einmal vor, dass ich vor Beginn der Lehrveranstaltung im Seminarraum war, die Technik vorbereitete und Studierende einander fragten: „Wo bleibt die Dozentin?“ Für viele ist es noch immer unvorstellbar, dass eine Schwarze Frau diese Position besetzen kann. Sie sind mit kolonialisierten, stereotypen Vorstellungen groß geworden.

### **9.7.1 "Rassismus ist wie Krebs. Er frisst uns von innen auf."**

#### ***Gibt es nicht durch die Postcolonial Studies ein wachsendes Bewusstsein für Rassismus?***

Wenn direkt zu Rassismus geforscht wird, etwa in den Postcolonial oder Gender Studies, ist das Bewusstsein da. Das Problem ist allerdings, dass Disziplinen wie die Postcolonial Studies, Black Studies oder Black European Studies nicht in Deutschland institutionalisiert sind. Es wird ohne diese Fächer langfristig nicht gehen. Und es braucht eine Anerkennung, dass diese Forschung genauso wichtig ist wie, sagen wir, die Krebsforschung. Denn Rassismus ist wie Krebs. Es frisst uns von innen auf.

#### ***Was ist mit den anderen Disziplinen?***

Rassismus betrifft alle Disziplinen und alle Fächer und es gibt große Wissenslücken diesbezüglich. Ich habe mich vor Kurzem mit einem Physiker über das Thema unterhalten. Er glaubte, dass Rassismus die Physik nicht betreffe. Doch er irrt sich. Wenn wir etwa die Technik der Fotografie anschauen: Die Belichtungstechnologie wurde für weiße Haut entwickelt. Das ist eine Normsetzung, wie es sie in zahlreichen anderen Bereichen auch gibt, ohne dass das vielen Menschen bewusst wäre.

#### ***Wie hat er reagiert?***

Er war sprachlos. Ich glaube, er hatte gar nicht darüber nachgedacht, wie strukturell Rassismus ist.

#### ***Warum wird Rassismus kaum als hochschulpolitisches Problem diskutiert?***

Das hat viel damit zu tun, wie in der deutschen Gesellschaft mit Rassismus, aber auch mit der eigenen Kolonialvergangenheit umgegangen wird. Das Aufkommen des Rassismus ist ja eng mit dem Kolonialismus verbunden. In Deutschland mangelt es an Bereitschaft, sich mit dem Kolonialismus und seinen Kontinuitäten auseinanderzusetzen.

***Ist das nicht etwas sehr pauschalisiert ausgedrückt? Woran machen Sie das fest?***

In Museen und in der Kunst wird das Thema seit Kurzem angegangen. Das Deutsche Historische Museum in Berlin zeigte beispielsweise eine Ausstellung über den deutschen Kolonialismus. Allerdings wurde es versäumt, die Kritik von Schwarzen Wissenschaftler\_innen angemessen umzusetzen. So habe ich in einer Installation in der Ausstellung rassistische Sprache kritisiert und gezeigt, warum bestimmte Begriffe nicht verwendet werden sollten. Das wurde in der Gesamtkonzeption jedoch nicht weiter reflektiert. An anderen Stellen wurden rassistische Begriffe dennoch kommentarlos verwendet.

***Wie kann Rassismus an Universitäten thematisiert werden?***

Ich glaube, dass dieser Prozess auch durch die betroffenen Wissenschaftler\_innen und Studierenden in Gang gesetzt wurde. Auf Konferenzen wird Rassismus an der Universität thematisiert. Die „Critical Whiteness“, also die Kritische Weißseinsforschung, findet zunehmend Eingang in den Wissenschaftsdiskurs und hinterfragt die selbstverständliche und unbewusste Norm des Weißseins. Aber es gibt noch sehr viel zu tun.

***Können Ansätze dieses Forschungsfeldes für die Universität und den Wissenschaftsbetrieb Impulse liefern?***

Ja, denn letztlich ist Rassismus kein Problem von Schwarzen, sondern er wurde zu einem Problem von Schwarzen gemacht, und zwar durch Weiße. Dennoch wird Rassismus immer erst dann relevant, wenn Schwarze oder Menschen of Color anwesend sind. Die Kritische Weißseinsforschung liefert gute Ansatzpunkte gerade für weiße Menschen, um sich mit ihrer eigenen Position und Verantwortung im Kontext von Rassismus kritisch auseinanderzusetzen.

"Es braucht Antidiskriminierungsstellen und -beauftragte auf Präsidialebene"

***Was können Universitäten konkret tun?***

Ein häufiges Problem der Studierenden, die zu mir kamen, war, dass sie von Professor\_innen diskriminiert wurden. Es braucht Antidiskriminierungsstellen und -beauftragte auf Präsidialebene und nicht nur Beratungsstellen auf studentischer Ebene, damit Diskriminierung und Rassismus auf allen Ebenen geahndet werden. Für die Humboldt-Universität habe ich dazu ein entsprechendes Strategiepapier ausgearbeitet.

***Was müsste noch geschehen?***

Zum einen sollten Expert\_innen eingestellt werden, die im deutschen Kontext zu Rassismus forschen und auch Erfahrungswissen mitbringen. Wenn es um das Thema



Rassismus geht, werden häufig Expert\_innen aus dem Ausland geholt, als ob Rassismus in Deutschland nicht existiere und keine eigene Geschichte aufweise. Wir als Schwarze deutsche Wissenschaftler\_innen werden kaum als Expert\_innen für irgendetwas angesehen, geschweige denn für deutsche Geschichte oder die Geschichte des Rassismus. Wichtig ist aber auch, dass unsere Forschungsergebnisse in die Strukturen von Gesellschaft, Wissenschaft und Politik zurückfließen. Ins Curriculum der Lehramtsstudiengänge sollte beispielsweise ein Pflichtfach zum Thema Diskriminierung an Schulen aufgenommen werden.

**Gemeinsam mit zwei Kolleginnen aus London und Paris haben Sie das Netzwerk „Black European Academic Network“ (BEAN) gegründet. Was wollen Sie damit erreichen?**

*Anja Kühne*

Struktureller Rassismus macht nicht an nationalen Grenzen halt, er ist ein europäisches Phänomen, das in den verschiedenen europäischen Ländern verschiedene Spezifika aufweist. Doch auf der strukturellen Ebene, das heißt, wie Rassismus etwa im akademischen Betrieb wirkt, gibt es viele Gemeinsamkeiten. So die Tatsache, dass viele Schwarze Akademiker\_innen in die Arbeitslosigkeit oder Freiberuflichkeit gedrängt werden. Unser Anliegen ist es, die Kräfte zu bündeln und ein Netzwerk für Schwarze europäische Akademiker\_innen zu schaffen. Konkret geht es darum eine Schwarze Wissensplattform bereitzustellen und unser Wissen der Öffentlichkeit, Lehrer\_innen und anderen Wissenschaftler\_innen, aber auch den eigenen Communities zugänglich zu machen.

Prof. Dr. Karim Fereidooni Juniorprofessor Sozialwissenschaften Ruhr-Universität Bochum

[http://www.huffingtonpost.de/karim-fereidooni/rassismus-uni-deutschland\\_b\\_17332910.html](http://www.huffingtonpost.de/karim-fereidooni/rassismus-uni-deutschland_b_17332910.html)

## **Rassismus an der Uni: Warum es in Deutschland kaum schwarze Professoren gibt**

30/06/2017 10:51 CEST | **Aktualisiert** 30/06/2017 14:24 CEST

Ich persönlich kenne nur 13 Professor\*innen of Color bzw. schwarze Professor\*innen in Deutschland. Wahrscheinlich gibt es noch einige wenige mehr, doch die Anzahl wird - im Vergleich zu den insgesamt ca. 45.000 Professor\*innen in Deutschland - verschwindend gering sein.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Nachfolgend möchte ich mich auf meine eigenen Erfahrungen berufen, die ich als ehemaliger Doktorand of Color in der mehrheitlich weiß-deutsch dominierten

wissenschaftlichen Community in Deutschland gemacht habe.

. Aufgrund meiner privilegierten Position als ehemaliger Promotionsstipendiat, konnte ich mich drei Jahre lang ausschließlich und ohne Finanzierungsschwierigkeiten meiner Dissertation mit dem Titel „Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen von Lehrer\*innen ‚mit Migrationshintergrund‘ im deutschen Schulwesen“ und anderen Publikationen widmen.

. Zudem hatte ich die Möglichkeit, mich in unterschiedlichen Doktorand\*innenkolloquien mit anderen Wissenschaftler\*innen konstruktiv auszutauschen und konnte darüber hinaus wertvolle Erfahrungen im Zusammenhang der universitären und schulischen Lehre sammeln.

Allerdings habe ich auch rassismusrelevante Erfahrungen im wissenschaftlichen Feld gesammelt, weil mir, bei einigen Gelegenheiten des wissenschaftlichen Austauschs, von anderen Doktorand\*innen die Objektivität und Wissenschaftlichkeit abgesprochen wurde, die für die Durchführung einer solchen Studie notwendig ist.

### **Ich wurde als unwissenschaftlicher Betroffener wahrgenommen**

Anstatt mich als Forschenden und Experten wahrzunehmen, wurde ich bei einigen Gelegenheiten als unwissenschaftlicher Betroffener wahrgenommen, der nicht in der Lage ist, sich mit der notwendigen wissenschaftlichen Expertise seiner Untersuchung zu widmen.

Neben den positiven Erfahrungen des fruchtbaren Austauschs mit den Betreuer\*innen meiner Dissertation und den Mit-Doktorand\*innen, die mir die Anfertigung der Doktorarbeit überhaupt erst möglich gemacht haben, habe ich die Universität und die bundesdeutsche Forschungslandschaft, wie es Schwarzbach-Apithy treffend ausdrückt, kennengelernt als „Ort (...) zur Absicherung weißer Privilegien, wozu neben anderem die Erhaltung der Definitionsmacht weißer Menschen zählt und folglich die Unterdrückung und Ausgrenzung bestimmter Menschen und deren Perspektiven kontinuierlich festgeschrieben wird“ (Schwarzbach-Apithy 2009, 256).

In einigen dieser Situationen konnte ich auf die Solidarität von weißen Doktorand\*innen zählen, in anderen wiederum blieb ich isoliert und auf mich alleine gestellt. In jedem Fall konnte ich aber von den niedergeschriebenen Erfahrungen anderer Wissenschaftler\*innen of Color bzw. von Expertisen schwarzer deutscher Wissenschaftler\*innen profitieren, die sich den rassismusrelevanten Sachverhalten gegenüber widerständig verhalten.

Exemplarisch sei hier die wissenschaftlichen Expertise von Grada Kilomba genannt, die ihre Erfahrungen im bundesdeutschen Wissenschaftsbetrieb in ihrem Buch „Plantations Memory“ darlegt. Auch Aretha Schwarzbach-Apithy, die ihre rassismusrelevanten Erfahrungen in dem Sammelband „Mythen, Masken, Subjekte“ verschriftlicht hat, war mir eine Hilfe. Anfang August 2016 erschien ein Sammelband, der von Meral El und mir herausgegeben wird, mit dem Titel „Rassismus und Widerstandsformen“.

In diesem hat Emine Aslan ihre Erfahrungen im weiß-deutschen Wissenschaftsbetrieb dargestellt und zudem Möglichkeiten des Empowerment für Studierende of Color aufgezeigt. Zudem hat Deborah Gabriel ihre Erfahrungen, die sie im britischen Kontext gesammelt hat, in einem Aufsatz in demselben Buch, zusammengefasst.

Rassismusrelevante Aussagen meiner weiß-deutschen Mit-Doktorand\*innen haben sich allerdings nicht nur aus dem Umstand ergeben, dass ich als deutscher Wissenschaftler of Color wissenschaftlich tätig bin und nicht „erforscht“ werde, sondern darüber hinaus auch aufgrund der

Ausrichtung meiner Dissertation.

### **Die Ausrichtung meiner Dissertation hat bei meinen Kollegen für Unmut gesorgt**

Ich habe nämlich 159 Lehrer\*innen of Color und schwarze deutsche Lehrer\*innen quantitativ und 10 ebensolcher Lehrer\*innen qualitativ untersucht und hierbei die folgende Fragestellung fokussiert: Wirst du in deinem beruflichen Kontext rassistisch diskriminiert?

Diese Ausrichtung meiner Dissertation hat in einigen weiß-deutsch dominierten Doktorand\*innen-Kolloquien für Unmut gesorgt und mir wurde der folgende rassismusrelevante „Ratschlag“ gegeben: „Du hättest auch die beteiligten weißen-deutschen Lehrer\*innen befragen sollen, ob die von den Lehrer\*innen of Color bzw. schwarzen deutschen Lehrer\*innen geschilderte Situation auch tatsächlich so gewesen ist.“

Der Subtext dieses „Ratschlags“ ist rassismusrelevant, denn er besagt: „Die Sichtweise einer weißen-deutschen Lehrkraft besitzt einen höheren Wahrheitsgehalt als die Perspektive einer ebensolchen of Color. In der deutschen Wissenschaft spielt demnach nicht nur eine Rolle, was gesagt wird, sondern zudem auch, wer was sagt und wer von wem gehört wird.“

Wie bereits Iman Attia (2009) und Astrid Messerschmidt (2010) herausgearbeitet haben, ist das Thema Rassismus in der Post-Nationalsozialistischen Gesellschaft Deutschlands in vielfältiger Hinsicht tabuisiert.

Die Menschen, die sich selbst als „Mitte der Gesellschaft“ konstruieren, wozu ich Lehrer\*innen und Professor\*innen zähle, nehmen von sich selbst (fälschlicherweise) an, nicht rassistisch zu sein und verorten Rassismus entweder in der deutschen Vergangenheit oder bei Personen, die keine Akademiker\*innen sind.

### **Es findet keine ehrliche Thematisierung von Rassismus statt**

Aufgrund dieser Tabuisierung und Verdrängung der rassistischen Gesellschafts- und Wissenschaftsstrukturen findet keine ehrliche und nachhaltige Thematisierung von Rassismus statt.

Aufgrund dieser Dethematisierung und Distanzierung von Rassismus bei gleichzeitiger (Re)Produktion tradierter rassistischer Wissensbestände innerhalb der Gesellschaft, muss davon ausgegangen werden, dass rassismuskritisches Wissen in der hiesigen Gesellschaft nicht ausgeprägt ist. Stattdessen muss in der bundesdeutschen Gesellschaft über rassismuskritische Basics, die in anderen Staaten selbstverständlich sind, diskutiert werden.

Ich erinnere beispielsweise daran, dass sich die bundesdeutsche Gesellschaft schwer damit tut, Thilo Sarrazins „Thesen“ als eindeutig rassistisch zu bezeichnen. Sarrazin hat u.a. behauptet: „Deutschland wird auf natürlichem Wege dümmere, weil die Muslime, die nicht so intelligent sind wie die Deutschen, mehr Kinder bekommen als die Deutschen“. Auch die Weigerung von weißen deutschen Personen, zu akzeptieren, dass das N-Wort keine „normale“ Bezeichnung für schwarze Menschen ist, gehört dazu.

Wenn aber die Schule und die Wissenschaft (fälschlicherweise) als „rassismusfreier Raum“ gelten, und das ist zumindest bei der Mehrheit der weißen-deutschen Personen der Fall, dann werden die institutionellen und direkten Rassismen, die in diesen Institutionen wirkmächtig sind,

dethematisiert.

Eine solche Dethematisierung wiederum führt dazu, die Ursachen für die Frage: „Warum gibt es keine schwarzen Professor\*innen in Deutschland“ auf die Einzelpersonen beziehen zu wollen, anstatt Rassismus als Strukturierungsmerkmal unserer Gesellschaft anzuerkennen und sich demgegenüber widerständig zu verhalten.

### **Warum also, gibt es keine schwarzen Professor\*innen in Deutschland?**

Die Antwort ist denkbar einfach und kompliziert zugleich: Weil es so viele weiße Professor\*innen in Deutschland gibt!

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Studien, die von Michael Hartmann (TU Darmstadt) gemacht worden sind, wissen wir, dass diejenigen Bewerber\*innen, die habituell ihrer vorgesetzten Person ähneln, Karriere machen, wohingegen den anderen Mitarbeiter\*innen, die keine habituelle Ähnlichkeit zu ihrem Vorgesetzten aufweisen, von ebenjener nicht so viel zugetraut wird.

Es gibt also so wenige schwarze Professor\*innen in Deutschland, weil es so viele weiße Professor\*innen gibt, die wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen-Stellen mit weißen-deutschen Personen besetzen und diese dann die Möglichkeit erhalten, Karriere zu machen.

Warum gibt es so wenige schwarze Professor\*innen in Deutschland? Weil es vornehmlich weiße-deutsche Mitglieder\*innen der Berufskommissionen sind, die ihre Kolleg\*innen auswählen. Dass hierbei Rassismus keine Rolle spielt, darf stark bezweifelt werden.

Wenn man also nach den Ursachen dafür fragt, warum es in Deutschland nur wenige schwarze Professor\*innen gibt, dann muss man sich als weißer-deutscher Professor fragen: „In wie weit bin ich für diesen Umstand verantwortlich?“

### **Diskussion:**

- Abgrenzungskategorien Rassismus / Nationalismus / Antisemitismus, mit unter große Schnittmenge, nicht zwangsläufig miteinander verbunden
- Wie kann man Menschen darauf hinweisen, dass z.B. Witze, Sprüche rassistisch sind, ohne der „Spaßverderber“ zu sein?
  - Diverse Begriffe, wie *Rassismus* funktionieren als Trigger: werden oft direkt als Vorwurf verstanden, wodurch sich Fronten verhärten
- Wo ist die Grenze zwischen Spaß und implizitem Ernst?
  - Unterscheidung nach intern (z.B. Freundeskreis) / extern (z.B. respektvoller und freundschaftlicher Umgang hilft, Verständnis zu generieren)
- Problematisch nicht nur direkter Rassismus („in your face“), sondern auch strukturell oder sehr implizit (Bsp. Bei Aufzählungen globaler Weltstädte eig. Nie Afrikanische dabei) oder Geschichte Afrikas – unabhängig von Europäischer – kaum Gegenstand der Lehre
- ein Faktor: anhand äußerlicher Merkmale Zuschreibung von z.B. kulturellen, kognitiven, Persönlichkeitsmerkmalen

- political correctness: Fördert pc culture stillschweigend weiterhin Rassismen?
- wichtig: keine kategorische Zensur bei Unverständnis, sondern Erklärungen anbieten und somit Forum für einen Verstehensprozess öffnen
- „Theater der Unterdrückten“ - Workshops ? <http://www.theaterwerkstatt-heidelberg.de/bf15-115-2-theater-der-unterdrueckten-forumtheater/>
- Lehrstrukturen an der Uni Heidelberg: Warum gibt es offensichtlich keine z.B. jüdischen, muslimischen oder schwarzen Professor\*innen ?

Statische Problematik: nach 1945 wurden keine Erhebungen zur Ethnischen Herkunft mehr an Hochschulen

=> Bewerbungslage:

weiterführend: Problematik beginnt schon in frühen Strukturen des Bildungssystems / Empowerment

An welchen Punkten scheiden sich die Wege?

- Überschneidungskategorien zu sozialem Hintergrund, Art der Beschäftigungsverhältnisse der Eltern
- Wie divers ist die Uni ? Sozialerhebungen zu soziokulturellem Hintergrund über die Fachschaften?

<b>Abstimmung zu TOP</b>		
ABSTIMMUNGS-TEXT (kurz)		
<b>JA</b>	<b>NEIN</b>	<b>ENTHALTUNG</b>
<b>Ergebnis: angenommen/abgelehnt</b>	<b>Keine Dokumentation nötig Eintrag in Internem Leitfaden / Finanzleitfaden Erledigt / muss noch gemacht werden</b>	

## 9.8 Universität als Arbeitsplatz

Aus gegebenem Anlass zu den Spannungen im Beschäftigungsverhältnis von Studis mit dem hiesigen Studierendenwerk, sollten wir an dem Punkt weiterarbeiten.

fzs Positionierung:

Ausbeutung von studentischer Arbeitskraft geht weiter

[http://www.fzs.de/themen/sozialpolitik/hochschule\\_als\\_arbeitsplatz/463779.html](http://www.fzs.de/themen/sozialpolitik/hochschule_als_arbeitsplatz/463779.html)

Die Arbeit von studentischen Beschäftigten wird viel zu wenig wertgeschätzt. Nicht nur die Stagnation des Lohns seit 15 Jahren zeugt davon, auch die Ignoranz der Hochschulleitungen was die Relevanz für den Wissenschaftsbetrieb angeht ist

beschreibend. Studentische Beschäftigte sind für den Betrieb der Hochschulen auf Dauer unentbehrlich. Tutorien und Übungen, gerade in den ersten Semestern werden fast ausnahmslos von studentischen Beschäftigten gehalten - vielen Studienanfänger\*innen gelingt ein guter Start mit eben diesen studentischen Tutorien. Auch in Bibliotheken, Rechenzentren oder Forschungszentren werden viele Tätigkeiten von studentischen Beschäftigten erledigt." erläutert Tobias Eisch vom freien Zusammenschluss von student\*innenschaften

Nathalie Schäfer vom freien Zusammenschluss von student\*innenschaften: "Berlin ist aktuell das einzige Bundesland mit einem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. Das ist mal ein gutes Leuchtturmprojekt. Die Hochschulen sollten lieber auf gute Beschäftigungsbedingungen setzen, anstatt Gelder für irgendwelche Exzellenzprojekte aus dem Fenster zu werfen. Ein guter Abschluss eines Tarifvertrags in Berlin hätte auch Auswirkungen für andere Bundesländer. Die Beschäftigten könnten dann auch dort mit dem Beispiel Berlins den Druck auf Hochschulleitungen und Landesregierungen erhöhen."

"Es ist Sonnenklar, dass gute Arbeitsbedingungen elementar für gute Lehre und ein gutes Studium sind. Es muss endlich eine Kehrtwende in der Personalpolitik im Wissenschaftsbereich geben. Dazu gehört eine sofortige Lohnanpassung und eine Kopplung an den TV-L für Hilfskräfte genauso wie ein Ende der Kettenbefristungen wissenschaftlichen Personals und die Wiedereingliederung von outgesourceten Putzkräften, Hausmeister\_innen und anderem technischem Personal." ergänzt Konstantin Korn abschließend."

#### **An der Hochschule und überall: Ausbeutungsverhältnisse überwinden!**

01.05.2015: Anlässlich des internationalen Kampftags der Arbeiter\*innenbewegung prangert der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften die unhaltbaren Beschäftigungsverhältnisse an deutschen Hochschulen an.

Deutsche Hochschulen sind zu sogenannten Wissenschaftsbetrieben verkommen, die zulasten ihrer Angestellten nur noch auf kurzfristige, direkt messbare Erfolge schießen. Dabei bleibt eine vernünftige Organisation des wissenschaftlichen Apparats auf der Strecke: Inwiefern die heutige Forschung Individual- und Allgemeinwohl orientiert ist, lässt sich stark infrage stellen. Nicht nur die Zwecke aktueller Wissenschaftsprojekte sind fragwürdig, wenn sie zum Beispiel der Rüstung dienen, sondern der Forschungsprozess an sich.

#### **Beschäftigungsverhältnisse**

Die Leistung der Hochschulen fußt heutzutage auf der Ausbeutung ihrer Beschäftigten. 90% der wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen sind lediglich befristet beschäftigt. Die Hälfte dieser Stellen währt nicht einmal ein Jahr. Im Rahmen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes können Hochschulen Forscher\*innen sechs Jahre vor und sechs Jahre nach der Promotion befristet einstellen. Danach können sie über Drittmittelprojekte mit kurzen Laufzeiten über noch kürzere Arbeitsverträge befristet beschäftigen. Über Jahre hinweg reiht sich dabei Zeitvertrag an Zeitvertrag. Diese existenziellen Unsicherheiten sollen Arbeitnehmer\*innen gefügig machen und zu Selbstausbeutung anspornen. Tatsächlich machen sie krank und grenzen Menschen aus, die sich noch um andere Dinge oder Menschen kümmern müssen.

Überdies werden immer häufiger Arbeitsverträge für Viertel- und Dezimalstellen abgeschlossen. Dabei wird unbezahlte Mehrarbeit meist stillschweigend vorausgesetzt und wo sie nicht von alleine geleistet wird, mit subtilem Druck eingefordert. Die wissenschaftliche Weiterentwicklung der Forscher\*innenpersönlichkeit, etwa in Form einer Promotion - verkommt erst zu Freizeit-angelegenheit oder bleibt im Klima existenzieller Ängste ganz liegen. Für viele Promovenden finden sich inzwischen gar keine Stellen mehr. So erklären sich Abbrüche!

### **Studentische Hilfskräfte**

Auch die Situation von studentischen Hilfskräften ist vollkommen desolat. Sie sind meist nicht in Tarifverträge eingebunden, ihr Lohn wird im Krankheitsfall nicht weitergezahlt, sie haben keine adäquaten Arbeitsplätze und müssen vielfach sachfremde Aufgaben erledigen. Dabei werden sie dann als Ersatz für wichtige Verwaltungsstellen eingesetzt. Dass ihr Lohn sich vielfach am absoluten Minimum bewegt, wundert dabei wenig. Dabei darf nicht vergessen werden, welchen Druck kurze, unsichere Arbeitsverträge auf Menschen ausüben, die ohnehin schon unterhalb der Armutsgrenze leben. Auch hier werden unbezahlte Mehrarbeit und nicht gemeldete Krankheitsfälle zur schrecklichen Normalität. Wer sein Studium durch Lohnarbeit finanzieren muss, weicht häufig auf anspruchlose Aushilfsjobs aus, um wenigstens einen Jahresvertrag zu bekommen. Die wenigen Positionen studentischer Hilfskräfte, die häufig als Voraussetzung für eine attraktive Abschlussarbeit sind, bleiben somit denjenigen vorbehalten, die es sich durch private Finanzierung erlauben können, **äußerst prekär beschäftigt zu sein.**

### **Lehrbeauftragte**

Die Situation der Lehrbeauftragten ist nicht minder erschütterlich. Hier ist ein Dumpinglohnsektor an staatlichen Institutionen etabliert worden. Menschen, die existenziell auf derlei Aufträge angewiesen sind, tragen nicht selten zur Sicherstellung des ständigen Lehrbetriebs bei. Sie erhalten dabei Löhne, die richtig berechnet weit unter dem Mindestlohn liegen. Denn aktuell werden weder Veranstaltungsvor- und -nachbereitungen noch Beratungs- oder Korrekturaufgaben als Arbeitszeit berücksichtigt. Weiterhin entziehen sich Länder und Hochschulen ihrer Pflicht, Sozialabgaben zu leisten. Lehrbeauftragte haben kein Urlaubsanspruch und kein Recht auf Mutterschutz.

Vollkommen unsoziale Verhältnisse, von denen immer mehr Menschen betroffen sind. Inzwischen sind knapp 100.000 Personen an deutschen Hochschulen als Lehrbeauftragte angestellt.

### **Wissenschaftszeitvertragsgesetz**

Wir dürfen nicht vergessen, was der Grund für diese Arbeitsbedingungen ist: Die Hochschulen sind in den letzten Jahrzehnten zu Unternehmen umfunktioniert worden. Sie sind unterfinanziert, drittmittelabhängig, werden nach stumpfsinnigen Indikatoren mit Geldern ausgestattet und werden von einer Hochschulleitung geführt, die mit autokratischer Macht ausgestattet ist. Hochschulen handeln inzwischen entlang von Verwertungslogiken, wie alle anderen Unternehmen. Daher verkaufen sie auch Erkenntnisprodukte ohne jegliche Relevanz. Wenn das Wissenschaftszeitvertrags-gesetz mehr Spielräume für Ausbeutung bietet, dann ist es kein Wunder, dass die Hochschul-leitungen diese nutzen. Es ist an der Zeit die Funktionsprinzipien einer Gesellschaft zu hinterfragen, in der alles den Zwängen der Verwertung unterworfen ist. Es ist an der Zeit die Wissenschaft und die Gesellschaft in den Dienst menschlicher Bedürfnisse zu stellen und nach einem vernünftigen Plan zu organisieren. Weder der Forschungsprozess noch unser Leben darf von unkontrollierten Mechanismen bestimmt werden.

### **Arbeit ungleich Lohnarbeit**

Zum Schluss muss auch auf die Definition von Arbeit an sich hingewiesen werden. Viele gehen am 1. Mai für bessere Bedingungen in der Lohnarbeit auf die Straße. Wir streiten auch für eine An-erkennung von Qualifikation und Sorge als Arbeit. Noch immer werden unabdingbare Leistungen, wie die Pflege und Erziehung überwiegend von Menschen umsonst geleistet. Im Patriarchat wird diese Reproduktionsarbeit überwiegend von Frauen geleistet und kaum anerkannt. Das zeigt sich auch daran, dass Prüfungsordnungen und staatliche Studienförderungen genau diese Arbeit vollkommen ausblenden. Damit werden genau die Menschen ausgeschlossen, die diese Arbeit vor-wiegend leisten. Wo Carearbeit von Staat und Kapital in Lohnarbeit umgewandelt wurde, um auch sie verwertbar zu machen, zeigt sich Ausbeutung in ihrer Höchstform. Denn solcherlei weiblich markierte Berufe werden mit Gehältern abgespeist für die Menschen in anderen männlich dominierten Branchen keinen Finger krumm machen würden.

Ein Studium muss auch ohne begleitende Lohnarbeit absolvierbar sein. Diese Gesellschaft muss es leisten, dass Bildung von Kindes an bis zu jeder Weiterbildung kostenfrei ist. Studierende brauchen Zeit für ihre Bildung. Studium ist nicht nur das Besuchen von Vorlesungen und Veranstaltungen, sondern benötigt auch Reflexion des Gelernten. Diese Zeit muss Studierenden unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zur Verfügung stehen. Wir fordern daher das bedingungslose Grundeinkommen.

Um den Formen moderner Ausbeutung beizukommen, können wir auf das Recht zu streiken nicht verzichten. Wir positionieren uns daher klar gegen das geplante Tarifeinheitsgesetz!



Daher werden wir gegen alle Lernfabriken ...meutern! Wir werden solidarisch mit anderen sozialen Kämpfen meutern. Und die Zusammenhänge zwischen grundlegenden Strukturen dieser Gesellschaft, der Bildungsmisere und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen anprangern!

## Diskussion

- ...

[weitere Gesprächs-Notizen werden hinzugefügt]

Abstimmung zu TOP		
ABSTIMMUNGS-TEXT (kurz)		
JA	NEIN	ENTHALTUNG
<b>Ergebnis: angenommen/abgelehnt</b>	<b>Keine Dokumentation nötig</b> <b>Eintrag in Internem Leitfaden / Finanzleitfaden</b> <b>Erledigt / muss noch gemacht werden</b>	

## 9.9 Digitalisierung an Hochschulen

Wie positioniert sich die Studierendenschaft zur Digitalisierung der Hochschule? Z.B. in der Bibliothek, im Unterricht, der Rektor meinte 2017, es sei jedem\*jeder Dozierenden selbst überlassen, ob Vorlesungen aufgezeichnet werden... aber da das wohl niemand will, wird's dann halt nicht gemacht.

wenigstens Audioaufnahmen wären halt klasse zum Abbau von Barrieren! für Menschen, die arbeiten müssen, um studieren zu können. Für jene, die ein Kind oder eine Person betreuen müssen. Für Studierende die die Vorlesung nochmal hören wollen weil es nicht die Muttersprache ist.

Entwurf (Claudia):

*Der Studierendenrat fordert, dass mehr Vorlesungen mit Audioaufzeichnungen mitgeschnitten werden und die Universität für die technische Umsetzung Mittel zur Verfügung stellt.*

*Bildungsbarrieren sind in Deutschland allgegenwärtig. Studierende, die arbeiten müssen, um sich das Studium leisten zu können, Studierende mit Kindern oder auch jene, die einen anderen Menschen pflegen. Sie alle müssen schauen, wie sie das Studium gleichzeitig wie die jeweils andere Aufgabe meistern können. Auch Studierende mit chronischen Erkrankungen sowie körperlichen Aufgaben wäre sehr geholfen, ihr Ziel, dem erfolgreichen Studienabschluss näher zu kommen. Es zeigt sich: Audioaufzeichnungen,*

*die dann in Moodle gestellt werden o.Ä. wären ein Schritt hin zur gleichberechtigteren Teilhabe aller Studierenden, egal in welcher Lebenslage.*

*Auch Studierende, deren Muttersprache nicht deutsch ist, könnten davon enorm profitieren. So kann sich die Vorlesung trotz Anwesenheit nochmals angehört werden und so der Stoff besser verarbeitet werden.*

*Und der Anreiz illegaler Audiomitschnitte durch Mobiltelefone wird ebenfalls auf 0 zurückgeschraubt.*

*In anderen hochklassigen Universitäten, wie Tübingen etc. funktioniert das Prozedere gut. Dies muss auch in Heidelberg möglich sein!*

Im grunde wäre es ja auch möglich die Aufnahmen per Youtube oder ähnlichen Plattformen breitem Publikum zugänglich zu machen, wodurch die Uni eine stärkere Ausenwirkung bekommt.

Zudem kann die Aufnahme von Lehrinhalten ja auch Menschen mit chronischen Erkrankungen, körperlichen Beeinträchtigungen, mit Care Aufgaben etc. helfen ihr Studium barrierefrei zu gestalten hab ich hinzugefügt in meinen Vorschlag

#### **An der Hochschule und überall: Ausbeutungsverhältnisse überwinden!**

##### **1. Ich würde gerne an der Universität Heidelberg studieren. Kann ich aufgrund einer Behinderung oder einer chronischen Erkrankung an einem bevorzugten Zulassungsverfahren teilnehmen?**

Ob und in welchem Maße eine gesundheitliche Beeinträchtigung beim Zulassungsverfahren berücksichtigt werden kann, hängt von dem Studiengang ab, für den Sie sich bewerben möchten. In der Regel gibt es bei zulassungsbeschränkten Studiengängen die Möglichkeit entweder eines Härtefallantrags, eines Antrag auf Verbesserung der Durchschnittsnote oder einer Verbesserung der Wartezeit. Die folgenden Ausführungen dienen jedoch nur einer Orientierung; alle Einzelheiten müssen Sie auf jeden Fall noch einmal selbst recherchieren!

##### **Härtefall – Härtefallantrag**

Das bedeutet, dass man bei Anerkennung eines Härtefallantrages ohne Berücksichtigung der Auswahlkriterien (z.B. Durchschnittsnote, Wartezeit) vor allen anderen Bewerberinnen und Bewerbern zum Studium zugelassen wird.

Nicht jede Beeinträchtigung, mag sie auch als hart empfunden werden, rechtfertigt eine Zulassung als Härtefall. Vielmehr muss eine besondere Ausnahmesituation (schwerwiegende gesundheitliche, soziale und familiäre Gründe) vorliegen, dass es bei Anlegung besonders strenger Maßstäbe nicht zugemutet werden kann, auch nur ein

Semester auf die Zulassung zu warten. Der Härtefallantrag kommt daher nur für wenige Personen in Betracht und wird nach vorgetragener Begründung und dem vorgelegten Nachweis kritisch geprüft. Bitte beachten Sie, dass es bei dem Härtefallantrag um einen Antrag auf sofortige Zulassung zu einem Studium handelt. Gründe, die für das Studium an einem bestimmten Studienort geltend gemacht werden, spielen hierbei keine Rolle.

Für Sonderanträge existiert ein gesondertes Formular, das Sie unter folgendem Link abrufen können:

[http://www.uni-heidelberg.de/md/studium/download/hartefallantrag\\_1.\\_fachsemester.pdf](http://www.uni-heidelberg.de/md/studium/download/hartefallantrag_1._fachsemester.pdf)

Dieses können Sie für die Stellung eines Sonderantrages unter Beifügung aller Belege, die geeignet sind den Härtegrund zu belegen, verwenden. Am besten führen Sie Ihre Gründe auf einem gesonderten Blatt auf. Welche Gründe zur Geltendmachung eines Härtefalls geeignet sind, können Sie diesem Merkblatt entnehmen: <http://www.uni-heidelberg.de/md/studium/download/hinweise-sonderantraegen.pdf>.

Zudem sollten Sie darauf achten, dass Ihre Bewerbung neben dem Sonderantrag vollständig form- und fristgerecht bei der Universität Heidelberg eingeht. Beachten Sie dafür bitte die Informationen auf den allgemeinen Internetseiten.

### **Verbesserung der Durchschnittsnote**

Bei der Vergabe der Studienplätze in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen (sogenannter „bundesweiter NC“) – bezogen auf die Universität Heidelberg sind dies die Studiengänge Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie – werden rund 20% der Studienplätze an die Abiturbesten vergeben. Wer nachweisen kann, dass er/sie aus persönlichen, nicht selbst zu vertretenden Gründen gehindert war, eine bessere Abiturdurchschnittsnote zu erreichen, wird auf Antrag mit einer verbesserten Durchschnittsnote am Vergabeverfahren in dieser Abiturbestenquote beteiligt.

In Studiengängen, die nicht bundesweit, sondern nur an einzelnen Hochschulen – so auch an der Universität Heidelberg – zulassungsbeschränkt sind (sogenannter „örtlicher NC“) kann eine Verbesserung der Abiturdurchschnittsnote mit einem entsprechenden Schulgutachten im Rahmen des Bewerbungsverfahrens beantragt werden.

### **Verbesserung der Wartezeit**

Mit dem Antrag auf Verbesserung der Wartezeit können Sie – in bundesweit wie in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen – Umstände geltend machen, die Sie gehindert haben, die Hochschulzugangsberechtigung (in der Regel das Abitur) früher zu erwerben, sofern Sie diese Verzögerung nicht selbst zu vertreten haben.

- Es gibt schon viele positive Aspekte hinsichtlich Digitalisierung - Abkommen mit Springer Verlag: Hörbücher (?); UB Heidelberg: Ausleihe von Pads und Notebooks
- Audio Aufnahmen von Vorlesungen:

- es gibt oft Bedenken bei den Dozierenden, dass Inhalte oder auch Patzer/Fehlritte verbreitet werden und sich nachteilig für sie auswirken
- Vorteile für Studierende, die aufgrund diverser Einschränkungen Lehrveranstaltungen nicht physisch anwesend sein können oder
- Anfrage beim URZ: welche Strukturen gibt es schon, was braucht es noch, um (möglichst viele) Hörsäle mit entsprechender Technik auszustatten ? Welche Kosten und welcher Aufwand ist damit verbunden?
- Wir könnten mit der Exzellenzstrategie der Uni argumentieren, dass Innovationen ....  
=> Harald möchte sich mit dem URZ in Verbindung setzen und nach Ansprechpartner\*innen

## 9.10 Schwangerschaftsabbrüche thematisieren und enttabuisieren

Antragsteller\*in: David und Julia

§219 und §218a verbietet Werbematerial um Schwangerschaftsabbruch und stellt dies unter Strafe. Internationale und deutsche Studierende wissen oft nicht was sie tun können.

Als Vertreter\*innen der Studierenden müssten auch wir informieren können, dürfen wir aber nicht. 1. Weil wir das medizinische Grundwissen nicht geben können, 2. weil es kein Infomaterial dazu gibt.

[http://www.fzs.de/themen/demokratie\\_grundrechte/468394.html](http://www.fzs.de/themen/demokratie_grundrechte/468394.html)

Der fzs schreibt:

gg"PM Zum Frauen\*kampftag: Schwangerschaftsabbrüche legalisieren!

08.03.2018: Zum Frauen\*kampftag fordert der freie Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) e.V. die vollständige Legalisierung von

Schwangerschaftsabbrüchen, sowie insbesondere die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219 StGB. Die Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch sollte einzig und allein bei dem schwangeren Menschen liegen. Dass der Staat hier so grundlegend in die Lebenspraxis und die Körper schwangerer Menschen eingreift, zeigt einmal mehr bevölkerungspolitische Interessen an (bestimmten) gebärfähigen Körpern. Weiter erläutert Eva Gruse vom Vorstand des freien Zusammenschluss von Student\*innenschaften: "Die historische Verbundenheit der Paragraphen mit dem Faschismus zeigt sich in eben diesem Staatsinteresse wieder. Es werden ganz bewusst schwangere Personen zu Gebärmaschinen degradiert, denen die Fähigkeit abgesprochen wird eigene Entscheidungen zu treffen."

Der fzs lehnt die gesetzlich geforderte Zwangsberatung nachdrücklich ab. Insbesondere

schwerwiegend ist, dass es bei dieser Zwangsberatung nicht um die Wünsche und Bedürfnisse der schwangeren Person geht, sondern immer die Absicht verfolgt werden muss, diese von einem Schwangerschaftsabbruch abzubringen. "Es muss ein breites, tatsächlich ergebnisoffenes Beratungsangebot geschaffen werden, dass Schwangere in Anspruch nehmen können, aber nicht müssen. Die Entscheidung, inwiefern eine Beratung notwendig oder erwünscht ist, darf nur bei einer Person liegen - der Schwangeren", so Nathalie Schäfer vom Vorstand des fzs.

"Dementsprechend müssen auch die Inhalte der humanwissenschaftlichen Medizinstudiengänge angepasst werden. Es kann nicht sein, dass Schwangerschaftsabbrüche bewusst keinen Platz in den aktuellen Curriculae finden. Dieser aktive Eingriff in eine selbstbestimmte Studiums-, Berufs- und Lebenspraxis von Frauen\* ist unhaltbar", ergänzt Eva Gruse, Teil des Vorstand des fzs."

zudem: [http://www.fzs.de/themen/demokratie\\_grundrechte/468741.html](http://www.fzs.de/themen/demokratie_grundrechte/468741.html)

"Anlässlich der erneut - auch im Bundestag - entbrannten Diskussion fordert der freie Zusammenschluss von student\*innenschaften die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs für alle Menschen, die schwanger werden können. Ebenso setzt er sich für die Enttabuisierung des Themas ein und wirkt gemeinsam mit den entsprechenden Verbänden wie z.B. der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V., der Bundesfachschaftentagung der Psychologiestudierenden (PsyFaKo), dem Jungen Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V., der Bundesfachschaftentagung der Pädagogik, Erziehungswissenschaft und Bildungswissenschaft (PädFaTa), kritischen Lehrer\*innen und Jurist\*innen darauf hin, dass die akademischen und schulischen Curricula dahingehend verändert werden. Außerdem sucht der fzs Kontakt zu überregionalen Bündnissen und Gruppen, die sich für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen, und nutzt die eigenen Kanäle, um deren Bemühungen zu verstärken."

- Gab es schon Fälle von Anfragen an VS zu dieser Thematik?
- Inwiefern ist das Thema für den StuRa?
  - Als Teil der sozialen Dimension von Studierenden, besonders im Studium kann es ein besonderes Problem darstellen
  - Beratung können wir keines Falls leisten, wir möchten auch keine Werbung machen
  - wir können keine Meinungen hierzu vorschreiben, dennoch sollte das Thema Schwangerschaftsabbruch enttabuisiert werden, zumindest können wir uns einsetzen, ein Problembewusstsein hierfür zu schaffen
  - wir können aber eine Positionierung vornehmen  
=> das FUN Referat wäre hier das geeignete Ressort, öffentlich hierzu Stellung zu beziehen

## 9.11 Umweltschutz an der Hochschule

Wie sieht es mit der Nutzung von Studierenden der Waldflächen hinter dem Neuenheimer Feld aus? Masterplan INF - Modell "Green Office"

Spannend ist es, Forderungen für ein neues Konzept anzulegen, sprich folgendes in der Diskussion zu berücksichtigen:

Baumaßnahmen auf bereits bebautem Gelände ins Auge fassen: höher bauen?

Umsiedlung von Instituten/Neustrukturierung: z.B. Wie passt das Max-Planck-Institut für Völkerrecht in das naturwissenschaftlich geprägte NHF?

Ausdehnung des Unigeländes Richtung Konversionsflächen per Fahrradschnellstrecke:

neben dem Wehrsteg, außerhalb des Naturschutzgebietes, soll in bis 2019 (baubeginn diesen August) sowieso die Gneisenau/Neckarbrücke bis zu Bahnstadt hinüber gebaut werden, da seit Jahren die Zahl der Fahrradfahrenden, Falsch Fahrenden und der Unfälle steigt:

Studie dazu:

[https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg\\_ROOT/get/documents\\_E-1490526693/heidelberg/Objektdatenbank/81/PDF/81\\_pdf\\_neckarquerung\\_infoveranstaltung\\_vortrag\\_teufel.pdf](https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-1490526693/heidelberg/Objektdatenbank/81/PDF/81_pdf_neckarquerung_infoveranstaltung_vortrag_teufel.pdf)

(Verkürzung der Fahrzeit auf 10 Minuten vom HBF ins NHF; ÖPNV ausbauen und vergünstigen für Pendler\*innen)

Bauamt sagt: <http://ww2.heidelberg.de/vorhabenliste/detail.php?title=Bahnstadtbr%C3%BCken+-+Neubau+Gneisenabr%C3%BCcke&vid=V0311>

kleine Visualisierung:

<http://www.die-stadtredaktion.de/2017/12/diestadtredaktion/leitartikel/ein-spaziergang-auf-den-neuen-bruecken-ueber-bergheim-west/>

externe Forschungsinstitute sind bereits jetzt in der Bahnstadt angesiedelt

Ausbau auch verbindbar mit der Forderung nach einer Fahrradschnellstrecke Richtung Mannheim

Warum nicht den Campus ausweiten, umstrukturieren und gleichzeitig emissionsarm verbinden?

- Kurzer Input zum Green Office
- Zertifizierung durch EMAS
- Uni müsste einheitliche Richtlinien für ein Nachhaltigkeits-Konzept erarbeiten
- Nachhaltiges Wirtschaften wird inzwischen quasi seitens der Uni gefördert: Green Labeling  
Problem bei diesem Label: einmalige Beartung reicht zum Label, Anschluss an EMAS aber sehr schwierig
- GHG - arbeitet bereits in der Thematik
- ...

[weitere Gesprächs-Notizen werden hinzugefügt]

## 10 Delegationen

### 10.1 Jubiläumsveranstaltung und Mitgliederversammlung des BdWi (Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Wiederaufnahme in Refkonf))

- am Samstag und Sonntag dem 02-03.06. 2018

=> Ausschreibung

Entsendung/Bestimmung/Wahl für <b>GREMIUM / AMT</b>			
<b>Name:</b>			
AKKLAMATION	JA	NEIN	ENTHALTUNG
<b>Ergebnis:</b> angenommen/abgelehnt	Information weiterleiten an:	Dokumentation nötig: nein/ja => wo	Bestätigung im StuRa nötig ja/nein

### 10.2 LAK in Karlsruhe (Wiederaufnahme in Refkonf)

08.04.: welche Themen und ist es so wichtig, dass jemand von uns hinget? sollten wir jemanden entsenden? Ist nur 1 Tag, vllt kann es jemand einrichten

=> Ausschreibung

Entsendung/Bestimmung/Wahl für <b>GREMIUM / AMT</b>			
<b>Name:</b>			
AKKLAMATION	JA	NEIN	ENTHALTUNG
<b>Ergebnis:</b>	Information	Dokumentation nötig:	Bestätigung im

<b>angenommen/abgelehnt</b>	weiterleiten an:	nein/ja => wo	StuRa nötig ja/nein
-----------------------------	------------------	---------------	---------------------